V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal expédite par l'éditeur"

2. Jahrgang - Nr. 41 - Preis 25 Groschen

Der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ — Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·- / Deutschland: vierteljährig RM. 2·- / Polen: vierteljährig Zl. 3·50
Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·- / Rumänien: vierteljährig Lei 100·- / C.S.R.: vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90
Postsparkassen-Konti.: Österreich B-11.035, • C.S.R. 501.540, • Polen Dr. Aron Goldin 27.765, • Jugoslavien Rudolf Heller, Osijek 36.843

Wien, Freitag, den 16. Februar 1934
וינה, יום ו׳ א׳ אדר תרצ״ד
Redaktion und Administration: Wien, I., Adlergasse 4 (Griecheng. 3) - Telephon R-23-0-04

Jüdische Weltpetitions-Bewegung

Völkernot und Judennot

p. h. Wien, 15. Februar

Die jüdische Weltpetitionsbewegung ist nun auch in Oesterreich proklamiert. Sie hat ihren Anfang genommen gerade in jenen Tagen, deren Erlebnis schwer und bedrückend war. Zusammen mit allen Einwohnern dieses Staates mußte der jüdische Bürger Zeuge unglückseliger Ereignisse sein, deren Tragweite heute noch nicht abzusehen ist. Neben dem wirtschaftlichen Jammer, der die Reihen der noch Erwerb und Arbeit besitzenden jüdischen Menschen immer mehr lichtet, neben der spezifischen Not, die den österreichischen Juden mit den Juden einer ganzen Anzahl von europäischen Staaten gemeinsam ist, tun sich Perspektiven auf, die über beide hinweg dem Juden und nur ihm eine trostlose Zukunftslandschaft zeigen. Denn in Zeiten der Völkernot müssen nach dem unabänderlichen Gesetz der Geschichte für jenes Volk, das wenig organisch in das Gesamtgefüge dieser Völker gebettet ist, eruptive Ereignisse eine über das Maß des Erträglichen weit hinausgehende Katastrophe bedeuten.

Um es trotz aller Bewegtheit nüchtern zu sagen: der österreichische Jude erlebt in diesen Tagen stärker und wuchtiger als je zuvor den deprimierenden Begriff, den die Worte Zerstreuung, Diaspora, Galuth ausmachen. Der österreichische Jude hat Heimatsgefühl, hat Sinn und Verständnis für die bewundernswerten Anstrengungen seines Staates nach dauernder Konsolidierung des inneren und äußeren Gefüges, aber ein tückisches Geschick will ihn immer nur zum Zaungast eines solchen Prozesses der Gesundung machen, weil dieser letzten Endes ihm selbst nicht Erlösung bringen kann. Erlösung für die Juden überhaupt bedeutet Überwindung jener Wurzellosigkeit, die einen Grund hat, der jenseits liegt aller Probleme, deren andere Völker Herr zu werden haben. Wenn andere Völker um Ruhe und Ordnung in ihren Staaten kämpfen, muß der Jude mit Neid wahrnehmen, daß er selbst kein Land besitzt, daß er sein eigen und nur sein eigen nennen könnte. Die Ereignisse, die das österreichische Volk erschütterten, hat der Jude, der an Österreich hängt und österreichischer Bürger ist, doppelt schmerzlich erlebt: einmal deshalb, weil ihm um seine Mitbürger und um sein Land bange war, das anderemal, weil ihm als Juden der Sinn volklichen Lebens aufgehen mußte, dessen er in der Zerstreuung entbehrt.

So bekam in diesen Tagen der Ruf der jüdischen Weltpetition für den österreichischen Juden ein tragisch umleuchtetes Gewicht. Der Sinn der jüdischen Weltpetition eröffnete sich ihm in einer Weise, wie im Augenblick nirgendwo in der Welt. Der Ruf, Palästina in einen jüdischen Staat umzuwandeln, wohin jeder Jude frei einwandern kann, um dort sein Leben nach ureigener Art und eigenen Gesetzen zu gestalten, dieser Ruf wurde nicht nur verstanden, sondern zutiefst erlebt. Ruf und Inhalt der jüdischen Weltpetition!

Ja, ihr Inhalt! Ihre Anklage und ihre Mahnung. Die Klage gegen einen Staat, der den Schlüssel zur Lösung des Judenproblems in der Hand hält und ihn nur dazu benützt, um die Lösung zu verhindern, der mit diesem Schlüssel nicht die Tore Palästinas öffnet, sondern versperrt. Die Mahnung an eine Welt, nicht ihre eigenen schweren Konflikte durch den immer komplizierter und schärfer werdenden jüdischen Konfliktstoff, die Judennot und die Judenfrage zu verschärfen und ins Unheilvolle zu steigern.

Der österreichischer Jude versteht die Anklage und die Mahnung. Er versteht sie heute zusammen mit den Juden der ganzen Welt.

Vladimir Jabotinsky:

Mitreißen!

Petition: Seltsam erscheint das Schicksal großer Bewegungen. Sobald ihre Stunde gekommen ist, tritt alles in ihre Dienste — ihre Gegner sogar. Wenn wir zu Beginn der Petition vor irgendetwas Angst hatten, so wohl nur vor dem einen: daß sich, Gott behüte, keine Gegner finden werden. Die Kugel kann bekanntlich aus dem Gewehr nicht abgefeuert werden, wenn der Lauf innen zu glatt ist; so groß auch die Pulverladung dieser Patrone sein mag, ein weit gestecktes Ziel ist mit einer solchen Kugel nicht zu erreichen. Moderne Gewehre haben deshalb Schraubenwindungen im Lauf, in alten Zeiten wurde eine »Feige«, in den Lauf gelegt, ein kleiner Papierknäul, damit die Kugel beim Ausschuß behindert sei — dann schnellt sie eben stark und weit vor. Auch auf dem Gebiete menschlicher Balistik, wenn es darum geht eine jüdische Kugel zu »lancieren«, braucht man ein Hindernis. Und das beste Hindernis ist natürlich ein Gegner; ganz und gar erst, wenn dir Gott hilft und der Gegner ein Narr ist, der dir Reklame macht.

*

Die Anzahl der Unterschriften, die wir sammeln werden, kenne ich nicht im Voraus, aber ich kenne deren mathematische Formel und garantiere für sie: X ist gleich zu 10 Y; vielleicht zu 20 Y, vielleicht zu hundert Y. »Y« heißt die Zahl jener, welche für die Petition arbeiten wollen: Texte vervielfältigen, von Haus zu Haus, von Laden zu Laden, von Bethaus zu Bethaus laufen werden. Wie groß an Zahl sie auch sein werden, diese Menschen mit Händen und Füßen, zehnmal, vielleicht hundertmal größer wird die Zahl der Unterschriften sein, die sie sammeln werden.

Seit zehn Jahren besteht die revisionistische Weltunion und zehn Jahre lang höre ich die Forderung: »Finde eine Aufgabe, die jedem Menschen der Bewegung Betätigungsmöglichkeit gibt«. Hier hat er sie: Jeder Mensch, groß oder klein, reich oder arm. Verschläft er diese Gelegenheit, ist er fürwahr nicht wert, daß er geweckt werde: schlaf wohl, du dummer Tolpatsch!

Jeder Jude! Und niemand soll befürchten, daß er kein wirksamer Agitator sein kann. In solchen Augenblicken spielt die Qualität der Agitation schon gar keine Rolle: es handelt sich gar nicht mehr um »überreden«, nicht einmal um »überzeugen«, alle sind schon von Kopf bis Fuß »überzeugt«. Mitreißen muß man sie, und das kann nur durch die Massenarbeit geschehen. Sogar Stumme können um Unterschriften geschickt werden, aber es müssen viele Stumme sein; und sie werden nicht schlechter wirken als die gewiegtesten Dialektiker. Mitreißen!

Unsere erste Tat!

Von Dr. Wolfgang von WEISL

Unsere erste Tat: das ist die Petitionsbewegung. Es ist der erste Schritt zur Verwirklichung unseres Programmes — der erste, aber keineswegs der letzte. Ich höre schon heute von Mißgünstigen und Ungläubigen, deren ganze Klugheit im Kopfschütteln besteht, sagen: »Ja, glaubt ihr Revisionisten denn wirklich, daß ihr mit dieser Petition, wenn sie auch Millionen Unterschriften hätte, die Politik Englands in Palästina zu ändern imstande wäret? Glaubt ihr denn wirklich, daß es auf England einen Eindruck machen wird, wenn die jüdischen Schneider und die jüdischen Schuster, die jüdischen Krämer oder die jüdischen Gymnasiasten ein paar Briefe an den König von Großbritannien oder an das britische Parlament unterschreiben?« Unsere Antwort darauf ist kalt und klar: wir zerbrechen uns darüber nicht den Kopf, ob seine Majestät, der König, oder das britische Parlament davon beeindruckt sein wird oder nicht. Für uns ist viel wichtiger, daß zunächst einmal die Regierungen der nicht englischen Staaten in Europa und Amerika darüber informiert werden, daß das jüdische Volk mit der Mandatspolitik Englands unzufrieden ist und eine Aenderung verlangt. Für uns ist viel wichtiger, daß die christlichen maßgebenden Kreise in Polen und Rumänien, in Oesterreich und in Litauen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn, in Belgien und in Frankreich, kurz, in allen Ländern, wo ein antisemitisches Pro-

ZIONISTEN!

Die jüdische Weltpetitionsbewegung ist in vollem Gange. Jeder ist verpflichtet, aktiv mitzuarbeiten. Meldet Euch bei der Petitionsleitung, I., Adlergasse 4, wo auch Propagandamaterial erhältlich ist

blem besteht, erfahren, daß es nicht Schuld der Juden ist, wenn sie sich in Europa zusammenhäufen, sondern daß es Schuld Englands ist, das die auswanderungswilligen Juden nicht nach Palästina hineinläßt. Für uns ist wichtig, daß nicht ein paar Hunderttausend, sondern Millionen Juden diese unsere Erklärungen unterschreiben, damit diese christlichen Regierungen Europas imstande sind, nicht nur in England, sondern in ihren eigenen Ländern der christlichen Welt zu erzählen: die Juden wollen weg, die Juden haben genug von Europa, die Juden wollen weg, wie zur Zeit, da sie in Aegypten bedrückt waren, aber der Pharao von England läßt sie nicht aus Europa hinaus in die Freiheit.

Welche Wirkung diese unsere Petition haben wird — wir wissen es nicht. Es ist meiner Meinung nach wahrscheinlich, daß bereits die ersten hunderttausend Unterschriften die englische Politik in Palästina ändern werden. Es ist meiner Meinung nach beinahe sicher, daß eine Million Unterschriften genügen wird, um im englischen Parlament eine ganze Reihe von Stimmen laut werden zu lassen, die bisher geschwiegen haben, weil sie nicht wußten, was in Palästina vorvorgeht.

Es ist sehr wahrscheinlich, aber die revisionistische Organisation rechnet nicht mit Wahrscheinlichkeiten, sondern mit Sicherheiten. Nehmen wir den Fall an, daß die Pessimisten recht behalten, daß auch eine noch so erfolgreiche Petitionsbewegung nicht imstande sein wird, entscheidende Besserung in der Palästina-Politik herbeizuführen, dann folgt auf diese unsere Petition ja ein zweiter Schritt. Dann werden wir Revisionisten uns ja nicht auf die Ofenbank setzen und die Hände reiben und sagen: o Gott, o Gott, o Gott, die Petitionsbewegung hat nicht geholfen, jetzt müssen wir auf jede weitere Aktion verzichten — im Gegenteil!

Dann haben wir durch die Petition die erste Probemobilisierung der nationalen Kräfte im Judentum durchgeführt! Dann haben wir das gemacht, was jede starke Volksbewegung immer wieder und wieder tut — wir haben unsere Massen auf die Straße geführt und uns selbst sowohl wie unseren Gegnern Rechenschaft darüber gegeben, wie stark wir sind und in wessen Namen wir sprechen. Hat diese friedliche, ruhige, demokratische Massendemonstration in der ganzen Welt ihre Wirkung auf England nicht ausgeübt, dann kommt der zweite Schritt: dann rufen wir diese durch unsere Petition organisierten Massen zur nächsten Aktion!

Ueberflüssig heute zu sagen, worin der zweite Schritt besteht. Ueberflüssig zu sagen, wieviel Mittel und Wege es gibt, um mit dem organisierten Volk England zu beeinflussen. Ueberflüssig zu sagen, daß schon der erste Schritt eine gewaltige politische Entspannung bringen wird dadurch, daß wir überall in europäischen Staaten die christliche öffentliche Meinung und die Sympathien aller Regierungen für unsere Sache gewinnen werden, da alle Christen ohne Ausnahme daran interessiert sind, daß möglichst viel Juden aus Europa auswandern. Die Petition wird ihre Wirkung haben, genau so wie jede Demonstration auf der Welt ihre Wirkung hat, wenn sie energisch und rücksichtslos durchgeführt ist. Genau so wie vor den französischen Demonstranten auf den Straßen von Paris das französische Parlament und die französische Regierung zurückwich, genau so wie die Palästina-Regierung zuerst zurückwich vor den arabischen Demonstrationen in Jaffa und dann vor der revisionistischen Demonstration in Tel-Aviv, genau so wird England nachgeben, wenn es von den jüdischen Massen erfährt, was sie wollen und daß sie überhaupt etwas wollen. Der zweite Schritt — dies ist meine feste Ueberzeugung — wird garnicht nötig sein.

*

Täuschen wir uns nicht: bisher weiß die englische Oeffentlichkeit, das englische Parlament, die englische Regierung nichts, garnichts vom Willen des jüdischen Volkes. In ihren Augen waren Weizmann, Arlosoroff, Brodetzky und wie sie alle heißen wirklich die verantwortlichen Wortführer des Judentums, und wenn diese Kreise versicherten, das jüdische Volk wünsche keine Mehrheit in Palästina, wünsche keinen Judenstaat, halte Masseneinwanderung sogar für schlecht, wenn ein Werner Senator telegraphisch um Maßnahmen zur Einschränkung der Touristeninwanderung bittet, wenn ein Grünbaum sich dagegen ausspricht, daß Arbeiter direkt aus Palästina angefordert werden, ja um Gottes willen, was sollten dann eigentlich die Engländer glauben? Sollten sie uns Revisionisten glauben, von denen man ihnen erzählte, wir seien nur eine verschwindende Minderheit — 100.000 Wähler! — oder jenen, die im Besitze aller Aemter und Stellungen, aller Zeitungen und Banken und überdies noch im Besitz der Kongreßmehrheit waren?

Aus diesem Grunde ist es unentbehrlich, endlich einmal den Engländern zu zeigen, daß die Mehrheit des jüdischen Volkes hinter unseren Forderungen steht. Aus diesem Grunde brauchen wir die Petition — sie ist nichts anderes als ein Plebiszit, eine Volksabstimmung. Wer für Palästina ist, wer für die jüdische Masseneinwanderung ist — der unterschreibt die Petition!

*

Es ist unsere erste politische Tat!

Nach dem Auszug aus Aegypten, so lehrt uns die Bibel — zählte Moses im Auftrage Gottes die Söhne Israels, die sich durch die Tat zu ihrem Volk bekannt hatten, die nicht (wie viele andere von denen uns die Ueberlieferung berichtet), in Aegypten bleiben wollten. Diese Volkszählung der Söhne Israels, die ins Land Israels ziehen wollen, nehmen wir nach dem Beispiel der Bibel heute vor. Unsere Volkszählung, — es ist die Petition. . . !

Zählt!
Zählt!
— und wählt!

Arlosoroffmord:

Widerrufender Araber lügt

Jaffa, 14. Februar. (I. T. A.) Der Führer der Verteidigung in der Arlosoroff-Morduntersuchung, Horace Samuel, unterzog den jugendlichen Araber Abdul Medschid, der sich bekanntlich selbst des Mordes an Arlosoroff bezichtigte und dann dieses Geständnis widerrief, neuerlich einem scharfen Kreuzverhör. Abdul Medschid blieb dabei, daß er mit dem Mord an Arlosoroff nichts zu tun gehabt habe und daß seine Selbstbezichtigung ohne jede Grundlage war. Horace Samuel deckte eine Reihe Widersprüche zwischen dem Mordgeständnis und dem Widerruf auf. So hatte Medschid in seinem ursprünglichen Geständnis bekundet, daß er am 16. Juni um 10 Uhr 15 Minuten abends — um diese Zeit fand der Mord statt — Arlosoroff gegenübergestanden habe, während er laut Protokoll des Widerrufes gesagt hat, er habe ihn um 7 Uhr nachmittags gesehen. Auch gab Medschid im Kreuzverhör zu, daß er am Mordabend einen braunen und nicht einen blauen Anzug getragen habe, wie er letztens dem Untersuchungsrichter, Hauptmann Rice erzählt hat.

An unsere Mitglieder!

Da es in Anbetracht der gegenwärtigen Lage unmöglich ist, Versammlungen abzuhalten, fordern wir alle unsere Mitglieder auf, das Petitionsmaterial im Sekretariat I., Adlergasse 4, ehestens zu beheben.

Amtsstunden: 9—13 und 15—18 Uhr.

Landesverband der Zionisten-Revisionisten Österreichs

Jabotinsky-Film

Jabotinsky ist nicht nur der geistige Führer und Wegbereiter neuer Zielsetzung und neuer Methodik in der zionistischen Politik, er bemüht sich auch, ihre Propaganda zu modernisieren, um auch auf diese Weise der Bewegung zu dienen und zum Sieg zu verhelfen. Und so stellt er auch die neuesten Errungenschaften der Technik in den Dienst der jüdischen Sache. Denn nicht nur die national-jüdischen Aspirationen des heutigen offiziellen Zionismus sind klein und unbedeutend, auch seine Werbeformen sind sehr unscheinbar. So versteht er es z. B. nicht, die ungeheueren Möglichkeiten, die Radio und Film bieten, entsprechend auszunützen. Jabotinsky versucht nun auch auf diesem Gebiet die Methoden zu »revidieren«.

Bereits im vergangenen Sommer, hielt er anläßlich seiner Anwesenheit in Polen im Warschauer Radio eine Ansprache in polnischer und französischer Sprache, die, nicht nur ihres interessanten Inhalts und der Persönlichkeit des Redners wegen, sondern auch wegen des neuen Instrumentes, das da in den Dienst der jüdischen Politik gestellt wurde, Aufsehen erregte.

Nun macht Jabotinsky wieder einen ganz neuen Versuch. Die revisionistische Bewegung, die er anführt, hat bekanntlich eine Massenaktion proklamiert, die bis jetzt in der Geschichte der jüdischen Renaissancebewegung nicht ihres gleichen hatte. Um diese Manifestation — es ist die jüdische Weltpetitionsbewegung — zu popularisieren, um sie lebendig zu gestalten, ist große Aufklärungsarbeit notwendig.

Von überallher, aus allen Teilen der Welt, kommen Anfragen, wann Jabotinsky kommen werde, von überallher wird er »bestellt« — aber in einem Dutzend Länder zu gleicher Zeit zu sprechen, das bringt nicht einmal ein Jabotinsky zusammen. Außerdem darf er Paris für längere Zeit nicht verlassen, da er die ganze politische Arbeit der revisionistischen Welt-Zentrale persönlich leiten muß.

Was also tun? Jabotinsky hat einen Ausweg gefunden. Er schickt eben, anstatt selbst zu kommen, sein Bild und sein Wort: einen Tonfilm, der das, was Jabotinsky dem jüdischen Volke jetzt an Wichtigem zu sagen hat, vermitteln soll. Nun wird jede jüdische Stadt, auch die kleinste, wenn sie nur eine Tonfilmapparatur besitzt, Jabotinsky sehen und hören können.

Mit einer Gruppe von Freunden und Mitarbeitern Jabotinskys hatte ich Gelegenheit, im Aufnahme-Studio der bekannten Firma »Eckler-Frage«, das auf der kleinen Insel Epinier, liegt, einer Aufnahme beizuwohnen. Es war ein sehr interessanter und lehrreicher Vormittag. Im riesigen Atelier, von riesigen, grellen Scheinwerfern beleuchtet, steht, auf einem kleinen Podium Jabotinsky und hält seinen Vortrag. Aber keiner von uns versteht, was er spricht; wir hören nur einzelne Teile, oft nur einzelne Sätze, ganz aus dem Zusammenhang gerissen. In der Pause erklärt uns der technische Aufnahmeleiter, daß Jabotinsky zugleich mit der Tonaufnahme gefilmt und in den verschiedensten Positionen festgehalten wird, die ganze Erscheinung, der Kopf, das Profil, en face, Großaufnahme etc.; und jeder dieser Aufnahmen entspricht ein bestimmter Teil seiner Rede. Deshalb wurde der Vortrag zerlegt, und Jabotinsky muß jedesmal die einzelnen Teile seiner Rede wiederholen, damit das liebe Publikum diesen Film ja nicht »monoton« finde und die Illusion habe, den lebendigen Jabotinsky vor sich stehen zu sehen und sprechen zu hören.

Jabotinsky unterwirft sich dieser sehr ermüdenden Prozedur mit bewundernswerter Geduld. Er ist bis zum Umfallen müde, aber er bleibt heiter, er tut alles, um den Erfolg dieses neuen Unternehmens zu sichern. Seine Worte klingen klar und abgemessen — wie immer —, und der Apparat verschlingt sie gehorsam, um sie dann über die ganze jüdische Welt zu verbreiten.

Diesmal spricht er jiddisch, doch sind auch Vorträge in anderen Sprachen projektiert.

Was Jabotinsky in seinem ersten Tonfilm spricht, bin ich natürlich zu erzählen nicht berechtigt. Ich kann aber versichern, daß der Vortrag interessant und inhaltsreich ist. Er wird illustriert durch eine Reihe von sehr anschaulichen Tabellen und Diagrammen, welche er selbst zusammenstellte und in gewohnter Meisterschaft kommentiert. Ueber die Petition selbst, spricht Jabotinsky in diesem Tonfilm nicht — aber der ganze Vortrag begründet, eindringlich, überzeugend alle Postulate der Petition und zwingt jeden, der ihn hört, sie zu unterstützen. Wie Jabotinsky das erreicht, ist das große Geheimnis seiner Persönlichkeit.

Dem Publikum, das diesen Vortrag hören und sehen wird, bringt der Film übrigens noch eine angenehme Ueberraschung. Es wird auch das »Auditorium« zu sehen bekommen, vor welchem Jabotinsky diese Rede hält. In den ersten Reihen sitzen Mitglieder seiner Familie und seine nächsten Freunde aus der revisionistischen Weltexekutive, die Leiter des Petitions-Departements, der Generalsekretär des »Shilton Betar« und der Leiter des Palästina-Departements.

Müde, aber vom Geschehenen gefesselt und um ein Erlebnis reicher, verlassen wir alle das prachtvolle Atelier auf der Insel Epinier. Schon in den nächsten Wochen wird der erste Tonfilm Jabotinskys seine große Werbearbeit für die jüdische Weltpetition beginnen.

J. Borisoff.

Durchführungsplan der jüdischen Weltpetitionsbewegung

Entworfen vom Exekutivkomitee der Weltunion der Zionisten-Revisionisten

Einleitung

1. Der Zweck der Petitionsbewegung ist die Erreichung einer gründlichen Reform des ganzen Regierungsregimes in Palästina, auf daß dieses sich in ein Kolonisations-Regime umwandle das kraft umfassender jüdischer Einwanderung die Umwandlung Palästinas zu beiden Seiten des Jordans in einen jüdischen Staat mit jüdischer Bevölkerungsmehrheit und unter vollständiger Garantie der Rechte der nichtjüdischen Bevölkerung (unter Kontrolle des Völkerbundes) beschleunige.

2. Der Akt der Petition besteht aus zwei parallel laufenden Aktionen, die ihren Ausdruck finden:

a) In individuellen Petitionen an die Regierungen der Länder, in denen kompakte jüdische Bevölkerungsmassen leben. Jüdische Bürger des betreffenden Landes wenden sich an ihre Regierung mit der Bitte, ihnen die Einwanderung nach Palästina zu ermöglichen. Solche Petitionen werden von jedem Teilnehmer der Petition persönlich und für sich selbst unterschrieben.

b) In kollektiven Deklarationen mit erweitertem Inhalt, in denen die für das Palästinaregime notwendigen Reformen aufgezählt werden. Solche Deklarationen sind für eine Massenunterzeichnung bestimmt.

Es ist anzunehmen, daß die kollektiven Deklarationen viel mehr Unterschriften aufweisen werden als die individuellen Petitionen. Als den bedeutendsten und wirkungsvollsten Faktor der Petitionsbewegung aber muß man die individuellen Petitionen ansehen, und der Erfolg der ganzen Bewegung wird vor allen Dingen von deren Zahl abhängen.

3. Sowohl die individuellen Petitionen als auch die kollektiven Deklarationen werden in erster Reihe im Namen der jüdischen Bürger des betreffenden Landes an die Landesregierungen adressiert sein.

Ein spezieller Text der individuellen Petition wird gleichlaufend auch nach London an den britischen König adressiert sein.

Ein spezieller Text der kollektiven Deklarationen wird dem britischen Parlament eingesendet werden.

4. Unterschriften für die individuellen Petitionen an die Landesregierungen werden nur in jenen Ländern gesammelt, wo die jüdischen Gemeinschaften in kompakten Massen leben und wo der Auswanderungshunger sehr stark ist. Solche Länder sind:

Polen,
Litauen,
Lettland,
Rumänien.

Es kommen noch außerdem Oesterreich, Tschechoslowakei (Karpatorußland), Griechenland (Saloniki) in Betracht. In diesen Ländern haben die Zentralkomitees der revisionistischen Landesorganisationen das Recht, eine Kampagne zur Sammlung von Unterschriften für individuelle Petionen an die lokalen Regierungen durchzuführen.

In allen anderen Ländern müssen die zentralen Landesorgane unserer Bewegung bezüglich dieser Frage mit dem Exekutivkomitee in Paris vorher in Verbindung treten. Hingegen muß die Kampagne zur Sammlung von Unterschriften für die individuellen Petitionen an den englischen König und für die kollektiven Deklarationen in allen Ländern ausnahmslos durchgeführt werden.

5. Die Sammlung von Unterschriften wird von einer Reihe anderer Manifestationen begleitet sein: Delegationen, Straßendemonstrationen, Meetings, Konferenzen und die Ueberreichung eines Blauweiß-Buches. (Siehe § 9).

6. Die faktische Durchführung der Petitionskampagne nimmt die Union der Zionisten Revisionisten auf sich; sie wird alle Maßnahmen treffen, auf daß unparteiische Organe zur Unterstützung der Aktion geschaffen werden, hauptsächlich in Form einer Petentenliga.

A. Der Termin der Aktion.

Die Petitionsaktion beginnt am 1. Januar 1934 und endet ungefähr im Monat Mai 1934.

B. Die doppelte Form der Petition.

Die Petitionskampagne besteht aus der Sammlung der Unterschriften unter einer Reihe verschiedener Dokumente. Diese sind:

1) Individuelle Petitionen,

2) Kollektive Deklarationen.

Der Zweck der individuellen Petitionen ist, den Regierungen jedes Landes und gleichzeitig auch der britischen Regierung einen konkreten Begriff vom Umfang und von der Intensität des sti chischen Dranges der Juden nach Palästina zu vermitteln.

Der Zweck der kollektiven Deklarationen besteht darin, die Regierungen jedes Landes und gleichzeitig das Parlament Großbritanniens vom Inhalt und von der Motivierung der jüdischen Forderungen betreffs Reformierung des gegenwärtigen Palästinaregimes in Kenntnis zu setzen.

Die individuellen Petitionen kann jeder Jude (jüdische Frau) unterschreiben, der nicht unter 18 Jahren alt ist.

C. Individuelle Petitionen an die Landesregierungen.

Die individuelle Petition (in der offiziellen Sprache jedes Landes) wird an den Chef der Regierung adressiert, jenes Landes, dessen Bürger der Petent ist.

Sie enthält:

a) Den Text der Petition.

b) Angaben über die Person des Petenten.

Die individuelle Petition muß mit der Hand oder mit der Schreibmaschine (im Original und ohne Kopie) geschrieben sein. Sie muß von der lokalen revisionistischen Organisation vorbereitet und dem Petenten zugestellt werden, auf daß dieser unterschreiben und den Fragebogen bezüglich seiner persönlichen Lage ausfüllen könne.

Unterschriften für die individuelle Petition werden ausschließlich so gesammelt, indem Wohnungen und Geschäfte besucht werden; es können auch permanente Büros errichtet werden, die Unterschriften entgegennehmen.

Jeder Petent ist verpflichtet, die Postspesen zu begleichen und einen Beitrag zur Deckung der Spesen, die mit der Kampagne verbunden sind, zu entrichten, in einer Summe, die nicht geringer als fünf polnische Groschen (15 französische Centimes) ist, widrigenfalls ihm die Petition zurückgestellt wird. (Die lokalen Organisationen haben das Recht, in besonders berücksichtigenswerten Fällen Ausnahmen zu machen).

Der Absendungstermin der individuellen Petitionen geht Ende März 1934 zu Ende.

D. Individuelle Petitionen an den englischen König.

Zusammen mit der Unterschrift unter die Petition an die Landesregierung unterschreibt der Petent auch die Petition an den englischen König.

Diese Petition besteht aus einem speziellen Text in englischer Sprache und aus einem kurzen Fragebogen über die persönliche Lage des Petenten, der in welcher Sprache immer, ausgefüllt werden kann. (Mit der Hand oder mit der Maschine geschrieben.) Der Text wird von der lokalen Organisation vorbereitet.

Dem Petenten wird, um die Petition direkt nach London zu senden, die Bezahlung des Wertes einer ausländischen Postmarke vorgeschlagen; lehnt er das ab, so behält die lokale revisionistische Organisation seine Petition bei sich, um sie zusammen mit anderen Petitionen paketweise abzuschicken.

Der Termin der Absendung ist Ende März 1934.

E. Kollektive Deklarationen.

Die kollektiven Deklarationen werden in zwei Fassungen unterschrieben:

1. In der Fassung an die Landesregierung,

2. in der Fassung an das britische Parlament.

Jede der beiden Fassungen besteht aus:

a) einer kurzen Petition, der die Unterschriften folgen,

b) einem ausführlichen Memorandum mit beigelegten konkreten Forderungen.

Die Deklarationen an die Landesregierung sind in der betreffenden Landessprache abzufassen.

Die Deklarationen und das Memorandum an das britische Parlament sind in englischer Sprache geschrieben.

Die Deklarationen, die der Petent unterschreibt, müssen dem Unterzeichner in einer ihm verständlichen Sprache vorgelegt werden.

Der Text des beigelegten ausführlichen Memorandums ist identisch mit dem Text des entsprechenden Memorandums an die Landesregierung. (Die Deklarationen können mit der Hand oder mit der Schreibmaschine geschrieben, oder auch gedruckt sein).

Jedes Exemplar wird zur Unterschrift vorgelegt: in Städten, in Vierteln großer Städte oder in den Verbänden verschiedener Professionen usw.

Jeder Unterzeichner unterfertigt gleichzeitig beide kollektive Deklarationen: die an die Landesregierung und die an das englische Parlament.

Jeder Unterschrift muß auch die Adresse und das Alter des Petenten beigegeben sein.

Es ist erwünscht, daß die Unterschriften unter den kollektiven Deklarationen gleichzeitig mit den Unterschriften unter den individuellen Petitionen eingesammelt werden.

Geht aber das Sammeln von Unterschriften auf Versammlungen, in Bethäusern und dgl. vor sich, dann muß jeder Unterzeichner irgendeine Münze (in einem Ausmaß, das seinen Verhältnissen entspricht) in eine Büchse werfen, die ihm hingehalten wird, zwecks Deckung der Spesen für die Kampagne.

Jede kollektive Deklaration, auf der sich bereits eine genügende Zahl von Unterschriften angesammelt hat, wird an das Zentralkomitee der revisionistischen Organisation des betreffenden Landes übersandt und dort so lange zurückbehalten, bis sie der Regierung übergeben werden kann.

F. Petentenliga und ihre Komitees.

Wenn in einer betreffenden Stadt eine genügende Zahl von Unterschriften unter den individuellen Petitionen und kollektiven Deklarationen eingesammelt ist, hat das revisionistische Stadtkomitee alle Unterzeichner zu versammeln und ihnen die Gründung einer Liga der Petenten vorzuschlagen und ein Komitee dieser Liga zu wählen.

Falls ein solches Komitee der Liga geschaffen ist, hat das lokale revisionistische Komitee die weitere Arbeit für die Petition zusammen mit diesem neugeschaffenen Organ zu leiten; allerdings unter der Voraussetzung, daß dadurch die Intensität der Arbeit nicht leide.

Dasselbe gilt für das Zentralkomitee des betreffenden Landes, im Falle dieses es für nötig findet, in der Hauptstadt ein Zentralkomitee der Petentenliga zu schaffen.

G. Petitionen der Palästinabürger.

Für die Petitionen der Palästinabürger und auch der Bürger Großbritanniens und der ihm unterstellten Länder wird ein spezieller Text nach Uebereinkunft mit den revisionistischen Zentralkomitees der betreffenden Länder festgesetzt.

Die Palästinapetition wird in der Hauptsache die Notwendigkeit einer jüdischen Massenimmigration im Interesse der ganzen Bevölkerung und des Aufbaues des Landes betonen.

Der oben erwähnte spezielle Text muß ein Ergänzungskapitel zum allgemeinen Text der kollektiven Deklarationen darstellen.

H. Petitionen der Staatenlosen und Ausländer.

1.) Personen, die ihre Bürgerschaft verloren haben (Staatenlose) werden nicht aufgefordert, individuelle Petitionen und kollektive Deklarationen an die Landesregierung zu unterschreiben; sie sollen aber individuelle Petitionen an den englischen König und kollektive Deklarationen an das britische Parlament unterschreiben.

2.) Personen, die nicht Bürger des Landes sind, in dem sie wohnen, unterschreiben individuelle Petitionen und kollektive Deklarationen an die Regierungen, deren Bürger sie sind, ebenso Petitionen an den englischen König und Deklarationen an das britische Parlament.

I. Das Blau-Weißbuch.

Im Monat April 1934 wird das Exekutivkomitee der Weltunion der Zionisten-Revisionisten dem Rat des Völkerbundes als Petition einer Gruppe von Bürgern Palästinas durch Vermittlung des Hochkommissars Palästinas (entsprechend der Prozedur der Palästinakonstitution) ein Blau-Weißbuch übergeben, in dem auf Grund ausführlichen und kontrollierten Materials die Beschwerden und Forderungen des nationalen Judentums im Zusammenhang mit der Handlungsweise der Mandatarmacht in Palästina gründlich und erschöpfend aufgezählt werden.

Dieses Buch wird gleichzeitig allen Regierungen übergeben; es wird an die Zeitungen und die Staatsmänner verschiedener Länder versandt werden und auch für den Einzelverkauf bestimmt.

K. Delegationen.

Mitte Februar werden systematische Besuche von Delegationen (womöglich im Namen der Petitions-Ligen) bei den Munizipalitäten, Handelskammern, professionellen Korporationen und dgl. stattfinden, um Unterstützung der Petition bei der Regierung des Landes zu erwirken.

Solche Delegationen werden auch mit den Ortskomitees einflußreicher, freundlich gesinnter politischer Parteien in Kontakt treten.

Nach Fühlungnahme mit den lokalen Komitees solcher Korporationen oder Parteien und wenn die letzteren eine entsprechende Einflußnahme auf ihre zentralen Organe zugesichert haben, werden Delegationen sich an diese zentralen Organe mit der Bitte, unsere Bemühung bei der Regierung des Landes zu unterstützen, wenden.

Besondere Aufmerksamkeit wird jenen Delegationen zugewendet werden, die einflußreiche, freundlichgesinnte Presseorgane besuchen; das Ziel, das sich solche Delegationen, stellen, wird nicht darin bestehen, den Abdruck dieses oder jenes Artikels zu erwirken, sondern in der Aufklärung der Ziele in der Petitionsbewegung und in der Erreichung der Unterstützung für diese Bewegung.

Die Periode der Tätigkeit dieser Delegationen erstreckt sich von Mitte Februar bis Ende März.

L. Monat der Meetings und Konferenzen.

Der Monat April 1934 wird durch eine Welle von Massenmeetings zur Annahme entsprechender Resolutionen gekennzeichnet sein, die den Regierungsschefs jedes Landes telegraphisch übersandt werden.

Die Zahl dieser Meetings während des Monats April soll nicht weniger als 10.000 betragen.

Die Vorbereitung dieser Meetingsbewegung wird nach einem bestimmten Program im Monat Januar beginnen.

Ende April werden überall Landes- und Kreiskonferenzen allgemein jüdischen Charakters abgehalten werden.

M. Die Ueberreichung der Deklarationen an die Regierungen.

In den Hauptstädten jedes Landes werden die Landeskonferenzen mit einer feierlichen Prozedur der Ueberreichung aller Exemplare der kollektiven Deklarationen und aller Unterschriften schließen.

Anläßlich des Aktes der Ueberreichung der Petitionen wird die Delegation der Landeskonferenz sich an die Regierung mit der formellen Bitte um Unterstützung des Inhalts der Petition bei der Mandatsregierung und beim Völkerbund wenden.

N. Die Ueberreichung der kollektiven Petition in London.

Im Monat Mai 1934 wird am Schluß und als Kulminationspunkt der Petitionsbewegung eine entsprechend imposante Form zu finden sein, um dem britischen Parlament in London alle Exemplare der kollektiven Deklarationen, die in verschiedenen Ländern unterschrieben wurden, zu überreichen.

O. Die Ueberreichung der Petition in Genf.

Anläßlich der ersten Session des Völkerbundes nach dem Mai 1934 wird in Genf die feierliche Prozedur der Uebergabe eines speziellen Exemplars der kollektiven Deklarationen und einer ausführlichen Darlegung des Verlaufs der Petitionsbewegung und der Zahl der individuellen und kollektiven Unterschriften in den einzelnen Ländern vorgenommen werden.

Instruktionen für die Durchführung der Petitionskampagne

A. Exekutivkomitee.

1.) Das Exekutivkomitee der Union der Zionisten-Revisionisten bereitet die Originale aller notwendigen Texte vor (individuelle Petition, kollektive Deklarationen u. dgl.).

Die Uebersetzungen dieser Texte in die verschiedenen Landessprachen werden von den Zentralkomitees der Länder angefertigt.

Die Zentralkomitees der Länder haben das Recht, mit Zustimmung des E. K. in Paris im Text Aenderungen vorzunehmen, welche aus Gründen lokaler Natur notwendig sind.

2.) Das E. K. wird von allen Zentralkomitees die Einsendung periodischer Berichte über den Verlauf der Bewegung und die Zahl der gesammelten Unterschriften abverlangen.

3.) Das E. K. wird eine intensive Propaganda für die Petitionsidee durch die revisionistische und allgemein-jüdische Presse, durch speziell entsendete Redner, bestimmte Redetexte, durch Radio usw. durchführen.

Gleichzeitig wird überall ein Tonfilm benützt werden, der eine Rede Jabotinskys, die der Petitionsbewegung gewidmet ist, verbreiten wird.

Zur Durchführung dieser Kampagne ist vom E. K. ein spezielles Departement eingerichtet worden, das von einem Mitglied des E. K. geleitet wird.

B. Zetralkomitee der Länder.

Die Aufgabe des Zentralkomitees jedes Landes ist:

a) Die Schaffung eines speziellen Ressorts des L. K. für die Durchführung der Petitionsbewegung im Lande, das für diese Arbeit direkt die Verantwortung trägt.

b) Druck in einer Typographie:

1. des vollen Memorandumtextes der den Kollektivdeklarationen beigelegt wird (in der betreffenden Landessprache) in einer solchen Anzahl von Exemplaren, auf daß die interessierten Personen und Kreise in genügendem Maße Kenntnis erlangen können; ferner die Absendung des Memorandums an die Redaktionen und Leitungen der politischen Parteien usw.

Der englische Text dieses Memorandums der den Erklärungen beigelegt wird und an das britische Parlament adressiert ist, ist für die Sammlung der Unterschriften in den einzelnen Ländern nicht unbedingt notwendig. Er wird vom E. K. der Union rechtzeitig in Druck gegeben werden. An jene, die die kollektiven Deklarationen an das britische Parlament unterzeichnen, wird der Text des Memorandums in der Landessprache versendet werden können, auf daß diese ihn in freier Uebersetzung des englischen Textes kennen lernen.

2.) Die Texte der kollektiven Erklärungen sind in der Landessprache abzufassen, um sie der Regierung des Landes zu übergeben. Diese Texte müssen so gedruckt werden, daß ein Bogen hundert Unterschriften faßt.

3.) Ebenso der Text der kollektiven Erklärungen in Englisch, der dem britischen Parlament übergeben werden soll.

Alle diese Texte müssen in genügender Anzahl an die städtischen Komitees versendet werden.

c) An alle Stadtkomitees des Brit Hazohar im betreffenden Land müssen genaue Instruktionen versendet werden.

d) Es ist dafür Vorsorge zu treffen, daß die Texte der Petition und die Instruktionen in der Parteipresse und in der allgemein jüdischen Presse veröffentlicht werden.

e) Dem E. K. sind periodische Berichte über den Verlauf der Petition und über die Zahl der gesammelten Unterschriften zu überweisen.

f) Die Exemplare der Kollektivdeklationen, die aus der Provinz einlangen, sind sorgfältig aufzubewahren, und zwar: ein Text, der später (im April 1934) der lokalen Regierung zu übergeben ist, ein zweiter, der dem Exekutivkomitee in Paris zu übermitteln ist, wenn eine entsprechende Anzahl eingelaufen ist.

C. Lokale Komitees.

In den Instruktionen jedes Zentralkomitees an die lokalen Komitees, müssen folgende Punkte betont werden:

1.) Jedes Lokalkomitee hat eine spezielle Kommission zur Durchführung der Petitionskampagne einzusetzen. Diese hat direkt die Verantwortung für die Arbeit zu tragen.

2.) Während der Durchführung der Petitionsbewegung hat der Grundsatz befolgt zu werden, daß jedes Mitglied der Union ausnahmslos eine Arbeit zugewiesen erhalte, sei es, um den Text der individuellen Petitionen und kollektiven Deklarationen mit der Hand, oder mit der Maschine abzuschreiben, sei es, um Unterschriften zu sammeln u. dgl.

3. Die individuellen Petitionen dürfenn icht typographiert werden, sondern müssen mit der Hand oder mit der Schreibmaschine geschrieben sein. Für diese Arbeit sollen unentgeltlich alle Mitglieder der lokalen Organisationen und des Ken Betar, die für diese Arbeit in Betracht kommen, mobilisiert werden.

4. Die Sammlung der Unterschriften in den Häusern hat absolut zuverläßigen Menschen anvertraut zu werden. Die Mitglieder des Stadtkomitees sind persönlich für die Gelder verantwortlich, die den Sammlern übergeben werden (Postmarkenentschädigung und Spesenbeitrag).

5. Jeder Unterschriftensammler in den Häusern erhält ein Quittungsbuch mit dem Stempel der Organisation. Der Sammler füllt den Abschnitt aus, nachdem er eine Empfangsbestätigung über das erhaltene Geld und die Petition erteilt hat. (Namen, Adresse, Alter, Beschäftigung). Dieser Abschnitt dient auch zum Zweck der Registrierung.

6. Der Sammler legt jedem aufgesuchten Juden zwei Texte der individuellen Petition zur Unterschrift vor: einen an den Chef der Regierung des betreffenden Landes und den zweiten an den englischen König, ebenso den beigelegten kurzen Fragebogen zur Ausfüllung.

7. Das Lokalkomitee errichtet außerdem ein permanentes Büro in einem oder in mehreren Lokalen der Stadt, wo Unterschriften unter die individuellen Petitionen und die kollektiven Deklarationen immer entgegengenommen werden können.

8. Die Postmarkenentschädigung ist nur für die Petition obligatorisch, die an die Regierung des Landes adressiert ist.

9. Diese Petition wird sofort an den Chef der Regierung abgesendet. Die Petition an den englischen König wird nur dann sofort abgeschickt, wenn der Unterzeichner die Postmarke bezahlt. Andernfalls werden diese Petitionen in Einzelpaketen von Fall zu Fall auf Kosten der Stadtkomitees abgeschickt.

10. Der Sammler in den Häusern legt zur Unterschrift beide Texte der Kollektivdeklaration (an die Landesregierung und an das britische Parlament) gleichzeitig vor.

11. Außerdem werden zum Zwecke der Sammlung von Unterschriften unter die kollektiven Deklarationen spezielle Versammlungen einberufen, die Bethäuser besucht usw. Die Unterzeichner sollen dabei in eine ihnen hingehaltene Büchse irgendeine Münze hineinwerfen, je nach ihrem Vermögen, um die Spesen der Bewegung zu decken.

12. Die Stadtkomitees führen genaue Rechnung über die gesammelten Unterschriften — die individuellen und die kollektiven — über die abgeschickten Briefe usw.

13. Die Stadtkomitees schicken jede Woche an das Zentralkomitee ihrer Länder genauen Bericht über den Verlauf der Kampagne und über die Zahl der gesammelten Unterschriften. Ebenso auch über den Geldbetrag, der zur Deckung der Spesen eingeflossen ist.

14. Die gesammelten Spenden werden für die Deckung der Spesen der Petitionsbewegung in der betreffenden Stadt verwendet; 10% dieser Summe werden an das Zentralkomitee des betreffenden Landes für denselben Zweck übersandt.

15. Die Stadtkomitees treffen Maßnahmen, um nicht zuzulassen, daß Unterschriften gefälscht werden; eine Person mehr als eine individuelle Petition unterschreibt oder mehr als ein Exemplar der kollektiven Deklaration.

Dr. J. Schechtmann
Leiter des Petitionsdepartements
des Exekutivkomitees.

Die einzelnen Petitionstexte

Kollektive Deklarationen

An den Ministerpräsidenten
. . . . (Name des Landes)
(Residenzstadt der Regierung) . . . .

Petition

Wir Unterzeichnete, loyale jüdische Bürger . . . . wenden uns mit diesem Memorandum an die Regierung . . . . . . und bitten Sie, alle Mittel internationaler Beeinflussung, die ihr zur Verfügung stehen und die mit den Interessen des Staates vereinbar sind, anzuwenden, um eine gründliche Aenderung des Verwaltungssystems zu erwirken, das gegenwärtig in Palästina seitens der englischen Mandatarmacht angewendet wird.

Nicht alle, die dieses Memorandum unterzeichnet haben, gedenken nach Palästina zu übersiedeln. Sie alle haben aber dieses Dokument in der tiefen und festen Ueberzeugung unterschrieben, daß diese Forderungen nicht nur der dringendsten Notwendigkeit des leidenden jüdischen Volkes, sondern auch der Würde und dem Interesse . . . . . . und vor allem den Forderungen der Gerechtigkeit und der Humanität entsprechen.

Die überwiegende Mehrheit des jüdischen Volkes durchlebt jetzt moralische und materielle Leiden, die in der Geschichte der letzten Jahrhunderte nicht ihresgleichen haben. Daher zeigt auch die Zukunft nur den Ausweg:

Eine freie und breite jüdische Einwanderung nach Palästina zu beiden Seiten des Jordans soll dieses Land im Verlauf der nächsten Jahre in einen jüdischen Staat umwandeln. In weiterer Folge kann Palästina bei voller Garantie der Rechte und Interessen der nichtjüdischen Bevölkerung des Landes die Heimat aller jener Angehörigen unseres Volkes werden, deren Lebensmöglichkeit aus vielerlei Gründen vom Schicksal der jüdischnationalen Staatlichkeit nicht getrennt werden kann.

Ungeachtet des klaren Sinnes des von Großbritannien übernommenen Völkerbundmandates bildet das Verwaltungssystem der Mandatarmacht ein systematisches Hindernis für die freie und umfassende jüdische Immigration nach Palästina. Dieses System, das unserer Kolonisation schädlich ist, verurteilt die jüdische Bevölkerung Palästinas zu der hoffnungslosen Zukunft einer ohnmächtigen Minderheit. Dieses System gewährt auch unseren Brüdern in Palästina keinerlei Garantie dafür, daß sich nicht jene verbrecherischen Massen-Gewalttaten wiederholen, die bereits dreimal die jüdischen Siedlungen Palästinas heimgesucht haben. In den letzten Monaten des Jahres 1933 hat dieses System der Palästinaverwaltung noch den Charakter von Razzien und Verfolgungen angenommen, die das Nationalheim des jüdischen Volkes zu einem Lande machen, in dem die Ehre des jüdischen Einwanderers täglich unerträglichen Erniedrigungen ausgesetzt ist.

Dies trifft nicht nur die Judenheit Palästinas auf das Schwerste, nicht nur jene hunderttausende Juden in den verschiedenen Ländern der Zerstreuung, die seit Jahren darauf warten, nach Palästina übersiedeln zu können, sondern schafft auch im ganzen Weltjudentum, als Verschärfung der Gefahren, die es von außen bedrohen, noch die inneren Gefahren tiefer Massenverzweiflung.

Eine solche Lage der jüdischen Massen fast aller Länder der zivilisierten Welt kann weder für das Gewissen noch für die internationalen und staatlichen Interessen der Völker und Regierungen gleichgiltig sein. Wir wenden uns daher an die Regierung . . . . ., die Mitglied des Völkerbundes ist und zirka . . . jüdische Mitbürger zählt, und bitten sie, im Namen der hohen Prinzipien der Gerechtigkeit und Völkerbefreiung, die sie vertritt, energisch und dringend für unsere Interessen einzutreten.

Eine ausführliche Begründung unserer Bitte findet sich im beigelegten Memorandum, dessen Inhalt aber in ganz kurzen Worten zusammengefaßt werden kann:

Das älteste und von den schärfsten Schicksalsschlägen getroffene Volk der Welt, das der Menschheit soviel geistige Werte geschenkt hat, fordert auch für sich die gleichen Bedingungen normaler nationaler Existenz, die allen anderen Völkern selbstverständlich sind. Wir unterschreiben diese Petition in der tiefen Ueberzeugung, daß ihr Inhalt und ihr Zweck in vollstem Maße den Interessen und der Würde der Mandatarmacht, des arabischen Volkes, der österreichischen Republik und der Völker der ganzen Erde entspricht und daß sich bei großmütiger Unterstützung der Regierung . . . . viele Kreise finden werden, die diesen Ruf beantworten und die Verwirklichung einer gerechten Sache ermöglichen werden.

Unterschrift	Alter	Beruf	Adresse
(deutlich in lateinischen Lettern zu schreiben!)			

Der volle Text des Memorandums wird beigelegt.

Bemerkung:

Der Text der Deklaration muß in der Landessprache geschrieben werden. Die Unterschriften und die Beantwortung des Fragebogens müssen in lateinischen Lettern und sehr deutlich geschrieben sein.

An das Parlament Großbritanniens.

Petition

jüdischer Bürger . . . .
(Stadt) in (. . . . Land)

Die Unterzeichneten sind Angehörige des jüdischen Volkes, dem die britische Regierung durch die Balfourdeklaration und durch Annahme des Mandates über Palästina das Versprechen gegeben hat, die Wiederherstellung des Jüdischen Nationalheimes zu fördern.

Die Unterzeichneten wenden sich an beide Häuser des britischen Parlamentes mit der ehrfurchtsvollen Petition, das herrschende Regierungssystem der Mandatsverwaltung in Palästina grundsätzlich und wirksam so zu ändern, daß es dem wirklichen Sinn des Mandates angepaßt wird.

Die überwiegende Mehrheit unseres Volkes leidet gegenwärtig unter einer moralischen und materiellen Not, die

nicht ihresgleichen in der Geschichte der letzten Jahrhunderte hat. Diese Not ist vor allem das Resultat der fundamentalen Tragödie der Zerstreuung. Daher verspricht auch die Zukunft, soweit sie übersehbar ist, nur einen wirksamen Ausweg:

Eine freie Einwanderung von Juden nach Palästina zu beiden Seiten des Jordans soll in möglichst kurzer Zeit dieses Land in einen jüdischen Staat umwandeln, der bei voller Garantie der Rechte und Interessen seiner nichtjüdischen Bürger die Heimat für alle jene Angehörigen unseres Volkes werden soll, deren Lebensmöglichkeit aus vielerlei Gründen mit der faktischen Zugehörigkeit zu einem jüdischen staatlichen Organismus untrennbar verbunden ist. Aber ungeachtet des klaren Sinnes des Völkerbundmandates, ungeachtet der Tatsache, daß die seit Jahren erfolgreiche jüdische Kolonisation überall als für das ganze Land nützlich anerkannt wurde, ungeachtet der fast unbegrenzten ökonomischen Aufnahmsfähigkeit Palästinas für breite Massen von Einwanderern, die solche Fähigkeiten, solchen Zufluß von Kapital und eine solche enthusiastische Aufopferungsfähigkeit mitbrachten, ungeachtet dessen wird die Einwanderung nach Palästina durch die Politik der Mandatarmacht systematisch gestört, durch eine Politik, die jede Hoffnung des Weltjudentums auf Palästina als jüdischen Staat zunichte macht. Die jüdische Siedlung in Palästina wird dadurch zu einem machtlosen Minderheitsdasein verurteilt zu einer Gemeinschaft, die, wie man es schon bei drei schrecklichen Gelegenheiten sehen konnte, unter der steten Gefahr verbrecherischer Massengewalttaten leben muß. Mehr noch, die Methoden der Palästinaverwaltung der letzten Zeit haben einen Charakter von Razzien und Verfolgungen angenommen, die das jüdische Nationalheim zu einem Lande machen, in dem die Ehre des jüdischen Einwanderers unerträglichen Erniedrigungen ausgesetzt ist.

So ist eine Situation geschaffen worden, die den mit so viel Mühe erworbenen Wohlstand in Palästina in Gefahr bringt und die Existenz von hunderttausenden Juden in der Zerstreuung, die schon seit Jahren auf die Möglichkeit warten, nach Palästina zu gelangen, endgiltig zu zerstören droht. So droht unserem Volke, abgesehen von den großen äußeren Gefahren, die noch größere Gefahr des inneren Zerfalles als Resultat der Massenverzweiflung. Diese unvermeidliche Konsequenz des palästinensischen Verwaltungsregimes, die sich in fast allen zivilisierten Ländern fühlbar macht, kann die wichtigsten Interessen der Regierungen nicht gleichgiltig lassen. Sie kann auch das öffentliche Gewissen der ganzen Welt nicht unberührt lassen, insbesondere aber auch nicht das Gewissen jener großen Nation, die das Mandat über Palästina übernommen und sich verpflichtet hat, dieses Mandat durchzuführen.

Eine detaillierte Aufzählung unserer Forderungen ist im beigelegten Memorandum enthalten. Ihr Wesen ist einfach und elementar: Das älteste und unglücklichste aller historischen Völker, das in nicht geringem Maße den geistigen Reichtum der Welt mitgeschaffen hat, verlangt auch für sich jene Bedingungen normaler kollektiver Existenz, die ihren Ausdruck in einem nationalen Staatswesen finden und die für alle anderen Völker der Erde selbstverständlich sind.

Die jüdische Einwanderung nach Palästina muß deshalb frei sein, die Regulierung und die Kontrolle in den Händen der verantwortlichen jüdischen Institutionen liegen. Die Unterstützung der Sicherheit der jüdischen Immigration muß die Hauptaufgabe der Palästinagesetzgebung und der Verwaltungspraxis auf allen wichtigen Gebieten der Regierungstätigkeit sein.

Wir unterzeichnen diese Petition im festen und tiefen Glauben, daß ihr Ziel gerecht ist und sowohl mit dem allgemeinen Nutzen Palästinas, als auch mit der Würde der Mandatarmacht im Einklang steht und daß dieser Forderung deshalb weitherzige und entschiedenste Unterstützung des britischen Parlaments zuteil werden wird.

Unterschriften: Alter: Adresse:

To the Houses of Parliament of the United Kingdom of Great Britain and Ireland

Petition submited by the Jews of . . . . . .

The signataries, members of that Jewish people to whom the Balfour Declaration issued by the Britain Government and the Mandate for Palestine accepted by Great Britain promised to facilitate the reconstruction of their National Home in that country, have the honour to submit to the Houses of the British Parliament this respectful petition for a thorough and effective revision of the system of government established by the Mandatory Administration in Palestine so as to adapt that system to the true meaning of the Mandate.

The overwhelming majority of our People, at the present period, suffer under conditions of moral and material distress unparalleled in the history of many centuries; distress which is essentially an outcome of the fundamental tragedy of Dispersion, and to which, therefore, even the future, as far as it can be forecast, holds out no hope of relief except one only:

— The free immigration of Jews into Palestine on both sides of the Jordan, thus enabling that country, transformed within the shortest reasonable period into a Jewish State. subsequently to become, while fully securing the rights and interests of its non-Jewish inhabitants, a Homeland for all those children of our race to whom the normalisation of their individual existence would, for any reason whatever, prove undetachable from actual membership in a Jewish State organism.

Yet, despite the clear meaning of the League of Nations' Mandate; despite the fact that years of successful. Jewish colonisation, admittedly beneficial to Palestine as a whole, have proved the practically unlimited capacity of that country economically to absorb large masses of pioneers so resourceful, so powerfully supported by a parallel influx of capital, and so enthusiastically devoted; — all that notwithstanding, the immigration of Jews into Palestine is being systematically impeded by the policy of the Mandatory Administration. That policy, fatal to the Zionist hope of world Jewry at large, condemns, in particular, the Jewish population of Palestine to the eternal role of a powerless minority, exposed, as already shown on three ominous occasions, to outbreaks of direct and criminal mass violence. That policy, moreover, has recently proved capable of assuming, even at the hands of the Administration itself, a character of razzias and expulsions converting the Jewish People's National Home into a country where the Jewish settler's dignity suffers intolerable humiliation.

The situation thus created compromises the hardwon welfare of Palestine's Jewish community, spells definite ruin to those hundreds of thousands individual Jews who, throughout the Diaspora, have for years been awaiting their turn to enter their National Home, and means to the whole of our people, in addition to the dark prospects surrounding them on almost every side, the still greater menace of internal disruption inherent in wholesale despair.

This inevitable effect of the Palestine Administration's policy, spreading through almost every country within civilisation, cannot remain indifferent either to the vital interests of Nations and Governments or to the world's public conscience; least of all to the conscience of the great Nation holding the Palestine Mandate and pledged to fulfil it.

While a more elaborate presentation of our demands will be found in the attached Memorandum, their essence is simple and elementary: the oldest and the most unhappy of historical Peoples, conscious of having not unworthily contributed to the world's spiritual riches, asks for not more than that very condition of normal collective existence called national statehood, which is common to all the other Nations on Earth. Jewish immigration into Palestine should therefore be free, its regulation and control left to the responsible Jewish institutions themselves, its encouragement and security set as the foremost purpose of both the legislation and the administration practice in all the essential branches of the Palestine Government's activity.

We sign this petition in the firm and profound belief that its object is fair, is in accordance with the general interests of Palestine as a whole as well as with the dignity of the Mandatory Power, and will therefore be granted the British Parliament's wholehearted and decisive support.

The signataries:

Name Age Address Profession

Individuelle Petitionen

An den Ministerpräsidenten . . . . .

(Residenzstadt der Regierung).
Vom jüdischen Bürger (Stadt).

Petition.

Ich, der unterzeichnete jüdische Bürger (Name des Landes), habe die Ehre, die hohe Regierung zu ersuchen, bei der Regierung von Groß-Britannien, welche vom Völkerbund mit dem Mandat zur Verwaltung Palästinas betraut wurde, dahin zu wirken, daß ich in dieses Land einwandern kann.

Die schweren Bedingungen meiner Existenz und die Aussichtslosigkeit der Lage in der ich mich befinde und welche ich vor allem als das Resultat der historischen Tragödie der jüdischen Zerstreuung betrachte, stellen, wie es der hohen Regierung bekannt sein dürfte, keinen Ausnahmsfall in der jüdischen Bevölkerung unseres Landes dar; es erübrigt sich daher diese Lage ausführlich zu beschreiben. So kann wohl aus eben dieser Erkenntnis mein für mich selbst kaum noch erträgliches persönliches Schiksal, für den Staat gleichgiltig sein, weder vom Standpunkt seines Wohlstandes, noch von dem seiner eigenen Interessen.

Die einzige Möglichkeit, mein Leben und das Leben meiner Nächsten neu aufzubauen und es auf gesunde und produktive Grundlagen zu stellen, besteht in meiner Auswanderung nach Palästina.

Aber die strengen und überdies wirtschaftlich unbegründeten Einschränkungen der jüdischen Einwanderung nach Palästina nehmen mir die Möglichkeit, in das Land zu gelangen, welches vom Völkerbund als Nationalheim des jüdischen Volkes anerkannt wurde.

Ich nehme mir die Ehre, die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Tatsache zu lenken, daß, ... (Name des Landes) als Mitglied des Völkerbundes, das unbestreitbare Recht hat, auf die Mandatar-Macht in freundlichem Sinne einzuwirken, im Interesse derjenigen seiner Bürger, deren tragische und abnormale Existenz ebenso wie ihre historisch-nationale Hoffnung vom Völkerbund in Betracht gezogen wurde, als dieses die Prinzipien des Mandates festlegte und den Mandatar-Staat auswählte.

Dabei erkläre ich ehrenwörtlich, daß, obwohl ich die Bestrebungen des ganzen jüdischen Volkes nach national-staatlicher Wiedergeburt in Palästina teile, diese meine Petition der Ausdruck meiner persönlichen, überaus schweren Notlage ist, für die es keine andere Lösung gibt, als die Erfüllung meines hier übermittelten Ersuchens.

(Unterschrift)

1. Vor- und Zuname:
2. Adresse:
3. Alter:
4. Stand: (ledig, verheiratet, Kinder usw.)
5. Beruf:

Anmerkung: (Der Text muß in der Landessprache geschrieben werden; die Unterschriften können in lateinischen oder hebräischen Buchstaben erfolgen; der Fragebogen muß in Lateinschrift ausgefüllt werden).

An seine Majestät, dem König von Großbritanien

Vom jüdischen Bürger . . . . .
(Stadt) . . . . . (Land)

Petition

Der unterzeichnete jüdische Einwohner . . . ., der kein britischer Staatsbürger ist, hat möglicherweise nicht das formelle Recht die huldvolle Aufmerksamkeit Ihrer Majestät in Anspruch zu nehmen. Aber als Mitglied eben des jüdischen Volkes, welchem die von der Regierung Ihrer Majestät gegebene Balfourdeklaration, und auch das von Großbritannien übernommene Mandat die Errichtung eines »Jüdischen Nationalheimes« in Palästina zusichert, glaube ich, daß Ihre Majestät mir das moralische Recht zubilligen werden, im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit an die Mandatarmacht durch die Person ihres allerhöchsten Oberhauptes zu appellieren.

Diese Petition enthält keine wie immer gearteten Vorwürfe gegen das Land, dessen Einwohner ich bin, gegen dessen Regierung oder Volk; denn die Ursache, welche mich zwingt diese untertänigste Petition zu unterbreiten, entspringt dem Erlebnis der historischen Tragödie der Juden in der Zerstreuung.

Angesichts dieser Verhältnisse, der moralischen und materiellen Bedrückung, welche die überwiegende Mehrheit der Weltjudenheit heute zu durchleiden hat, über die Ihrer Majestät Botschafter zu sehr unterrichtet sind, als daß sie näher beschrieben werden müßten, sehe ich für meine eigene Person keine andere Hoffnung und Rettung, als die, daß es mir gestattet werde, mich in Palästina anzusiedeln, wo Menschen von meinem Blut und meiner Rasse mit Erfolg das jüdische Nationalheim aufbauen, jenes Land, das ihnen und ihren Kindern die Möglichkeit eines Lebens in Ruhe und Würde bieten muß.

Aber die von der Mandataradministration erlassenen Einwanderungsverordnungen aus Beweggründen, die mir gegenüber ungerecht sind und überdies den Gesamtinteressen des Landes widersprechen, hindern mich an der Einreise nach Palästina.

Aus diesem Grunde nehme ich mir die Ehre, Ihrer Majestät, dem König, der Regierung und dem Volk von Großbritannien diese demütige Petition zu unterbreiten, damit die ungerechten Verordnungen aufgehoben werden und mir so die Möglichkeit geboten werde, in das Land des jüdischen Nationalheims einzuwandern und mich dort niederzulassen.

Dabei versichere ich mit meinem Ehrenwort, daß, obwohl ich die Bestrebungen meines Volkes zur Wiedererrichtung Palästinas als jüdischen Staat teile, diese Petition nur der Ausdruck meiner Leiden ist, für die es keine andere Heilung gibt, als eben deren Erfüllung.

Obenstehendes wurde mir von einem bekannten, vertrauenswerten Menschen in meiner Gegenwart wörtlich übersetzt, und ich unterzeichne dies in voller Kenntnis seines Inhaltes und mit dem ganzen Respekt, den ich Ihrer Majestät schulde.

Name Alter Adresse Beruf

Anmerkung:

Der Text der Petition ist in englischer Sprache abgefaßt. Die Unterschrift kann in hebräischen oder lateinischen Lettern, geschrieben sein, muß aber deutlich lesbar sein.

To His British Majesty.

Sire,

The undersigned Jewish inhabitant of . . . . ., not being a British subject, may have no formal claim on your Majesty's gracious attention; but as a member of that »Jewish People« to whom the Balfour Declaration, issued by your Majesty's Government and the Mandate for Palestine accepted by Great Britain promised to facilitate the establishment of their »National Home« in that country, he trusts that your Majesty will admit, on his part, a moral right to approach the Mandatory Nation through the exalted person of its Head and in the name of justice and of humanity.

This petition does not imply any criticism of the country whose citizen I am, its government or people: for the condition which forces me to submit this most respectful request is, above all, a result of the historical tragedy of Israel's dispersion.

Under the conditions of moral and

material distress now prevailing among the vast majority of world Jewry, and too well known by your Majesty's advisers to need description, I see for myself no hope of personal salvation unless I be allowed to settle in Palestine, where people of my blood and my faith are so successfully building the Jewish National Home which is to give them and their children a chance to live a life of toil and dignity.

But the regulations established by the Mandatory Administration prevent me from entering Palestine for reasons unjust to me and inconsistent with the country's general interests.

I, therefore, have the honour to submit to the King, the Government, and the Nation of Great Britain this humble petition that those unjust regulations be so revised as to admit me for immigration and residence in the country of the Jewish National Home.

On my word of honour, morover, I hereby attest that, highly as I cherish the ancient striving of my people for the rebirth of Palestine as a Jewish State, this petition is, above all, a genuine expression of my personal distress for which there is no relief unless my request is granted.

The above having been, by person known to me as trustworthy, translated in my presence word for word, I sign it in the full consciousness of its sincerity, and with all the respect due to your Majesty.

ANMERKUNG:

Der Petent, der kein Bürger des Landes ist, ... von dem aus er die Petition schreibt, muß anstatt »whose citizen I am« »where I dwell« schreiben.

Name Alter Adresse Beruf

Memorandum

Wir oben unterzeichnete loyale jüdische Bürger . . . . (Name des Landes) wenden uns durch dieses Memorandum an die Regierung von . . . . . und nehmen uns die Ehre, sie zu bitten, alle Mittel internationaler Beeinflussung, die ihr zur Verfügung stehen und mit den Interessen des Staates vereinbar sind, anzuwenden, auf daß eine gründliche Aenderung des Verwaltungssystems, welches gegenwärtig vom Mandatar und vom Völkerbund in Palästina geübt wird, herbeigeführt werde.

Sinn des Mandats: Schaffung eines jüdischen Staates.

Im Jahre 1922 hat der Völkerbund die Uebergabe der Verwaltung des Palästina-Mandates an Großbritannien bestätigt. Die Preambel des Mandates anerkennt »die historische Verknüpfung des jüdischen Volkes mit Palästina« und den Wunsch »dessen nationales Heim in diesem Lande wieder zu errichten«. Der Paragraph 2 des Mandates verpflichtet die Mandatarmacht, »das Land unter solche politische, administrative und ökonomische Bedingungen zu stellen, die die Errichtung eines jüdischen Nationalheims sichern«.

Es ist allgemein bekannt, welche Motive den Völkerbund bei der Bestätigung des Mandatstextes leiteten. Der Text selbst ist von der britischen Regierung ausgearbeitet und vorgeschlagen worden, die ja schon fünf Jahre vorher in der Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 den »zionistischen Aspirationen des jüdischen Volkes« ihre Sympathie zum Ausdruck brachte und versprach, der Errichtung eines »Nationalheims für das jüdische Volk« mit allen Mitteln behilflich zu sein.

Die offiziellen englischen Dokumente jener Zeit anerkennen ganz offen, daß die Balfour-Deklaration den Zweck hatte, England und seinen Verbündeten im Weltkrieg die aktive Unterstützung der Weltjudenheit zu sichern. Eine solche Unterstützung fand tatsächlich in verschiedenen Formen statt. Die am deutlichsten in Erscheinung getretene war die Anteilnahme einer speziellen freiwilligen jüdischen Legion in den Kämpfen für die Eroberrung Westpalästinas und Transjordaniens. Es liegt uns aber der Gedanke fern, zu behaupten, daß sich England in dieser Frage ausschließlich von Motiven eines engen Staatsegoismus leiten ließ: wir sind im Gegenteil überzeugt, daß Englands Hauptmotive einerseits aus aufrichtiger Achtung vor dem zionistischen Ideal bestanden, vor der ältesten aller Bemühungen um eine Renaissance seitens eines unterdrückten Volkes, andererseits aus dem ebenso aufrichtigen humanitären Wunsch, den beispiellosen Leiden des jüdischen Volkes ein Ende zu machen, die im Verlauf von Jahrhunderten eine lebendige Mahnung an das Weltgewissen darstellten. Jedenfalls kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die eben erwähnten beiden rein idealistischen Motive, und nur diese, alle Staaten, die dem Völkerbund angehören (darunter auch . . .) und die Vereinigten Staaten Amerikas bewogen, das Palästinamandat zu unterstützen.

Das nationale Ideal des jüdischen Volkes war immer (und es konnte nicht anders sein) mit den nationalen Idealen aller anderen unterdrückten Völker identisch. Dieses Ideal ist: ein eigener Staat. Es wäre überaus ungerecht, in einem solchen Bestreben etwas Uebertriebenes zu sehen. Ein eigener Staat ist die normale Existenzform jedes Volkes in der Welt. Die ganze Welt sieht eine solche Form als legal und natürlich an, billigt sie allen zu, Engländern und Albaniern, Portugiesen und Aethiopiern. Es ist deshalb keinerlei Grund vorhanden, der Ansicht zu sein, daß eine solche Existenzform den Juden nicht entspricht, wenn man obendrein schließlich ihr Recht auf Errichtung eines eigenen Nationalheims anerkannt hat. Ebenso unbestreitbar ist auch, daß der erste Schritt zur Umwandlung Palästinas in einen jüdischen Staat die Schaffung einer jüdischen Mehrheit in diesem Lande bedeutet, das heißt die Ermöglichung einer jüdischen Immigration in einem Ausmaß, die die Erreichung einer jüdischen Mehrheit innerhalb möglichst kurzer Zeit gewährleistet. Eine ganze Reihe von offiziellen englischen Dokumenten und Erklärungen beweist, daß die Balfour-Deklaration der britischen Regierung schon in ihrer Formulierung, die jüdisches Nationalheim heißt, diese Konzeption enthält: zuerst Schaffung einer jüdischen Mehrheit durch entsprechende Einwanderung und nachher »die Uebergabe der Verwaltung des Landes an die Juden« (Telegramm des britischen Außenministers Sir Edward Grey an den britischen Gesandten in Petrograd Sir Gorge Buchanan vom 13. März 1916). Auch der Mandatstext selbst der von »Wiedererrichtung (reconstituting) des jüdischen Nationalheims« spricht, drückt dieselbe Konzeption aus. »Wiedererrichtet« kann nur das werden, was es einst vorher schon gab; und jene Form der jüdischen Existenz, die die Juden einst in Palästina hatten, war — ein jüdischer Staat.

Die Begrenzungen der jüdischen Immigration stehen im Gegensatz zum Sinn des Mandates.

Wir sind aber jetzt bedauerlicherweise gezwungen, der Regierung von . . . . . . mitteilen zu müssen, daß das Verwaltungssystem, welches die Mandatarmacht in Palästina eingeführt hat, in ausgesprochen striktem Gegensatz nicht nur zum direkten Sinn des Mandats steht, sondern auch zu jenen erhabenen Motiven, deren Ausdruck das Mandat ist.

Dieses System ist heute bis zur bittersten Beleidigung des jüdischen nationalen Ideals geführt worden und zu kalter Gleichgiltigkeit gegenüber den Leiden unseres Volkes, in einem Zeitpunkt, da diese den Charakter einer bis jetzt beispiellosen Katastrophe angenommen haben.

Die Mandatar-Administration behindert die jüdische Einwanderung systematisch, um sie nicht jenen erwiesenermassen möglichen Umfang annehmen zu lassen, der (wenn auch in weiterer Perspektive) die Schaffung einer jüdischen Mehrheit in Aussicht stellt. Im Gegenteil: es genügt darauf hinzuweisen, daß der Proporz der jüdischen Siedlung gegenüber der allgemeinen Bevölkerung des Landes, die schon im Jahre 1926 19.4% erreicht hatte, im Jahre 1930 auf 17,1% und in den folgenden Jahren noch tiefer gesunken ist. Der Grund dieser Erscheinung liegt einerseits in der planmäßigen Begrenzung der jüdischen Immigration, andererseits in der völlig freien Einwanderung von Arabern aus Transjordanien, die durch den kraft jüdischer Opferleistung geschaffenen Wohlstand, angelockt wird. Wir befruchten und bereichern auf diese Weise ein Land, in dem, wenn das gegenwärtige Regime weiter besteht, das jüdische Element eine ohnmächtige Minderheit wird bleiben müssen. Und dies wird uns als Verwirklichung des jüdischen Nationalheims anzuerkennen vorgeschlagen — uns, die wir uns erst vor kurzem durch das tragische Beispiel der deutschen Judenheit noch einmal überzeugen konnten, wie nicht nur die »nationale«, sondern sogar die gewöhnliche bürgerliche Existenz einer bodenlosen Minderheit auf Sand gebaut ist, einer Minderheit gerade, die auf hoher Kulturstufe stand und wie es schien, auch materiell genügend stark war.

Die schwere Lage der heutigen Judenheit.

Diese Situation bedeutet für uns einen schweren Schlag, denn die materielle, politische und moralische Lage der Judenheit beschreitet fast in der ganzen Welt die letzte Stufe peinlichster Unnormalität. Es wäre überflüssig, diese Lage genau zu beschreiben, denn sie ist jedem bekannt. Es genügt zu erwähnen, daß die ökonomische Weltkrise die Juden viel stärker betroffen hat als andere Elemente der Bevölkerung und daß sich wieder einmal gezeigt hat, wie die Existenz eines Volkes, das kein eigenes Land besitzt, auf Sand gebaut ist. Die wegen der Krise sich auf allen Gebieten verschärfende Konkurrenz verdrängt die Juden rasch aus allen Zweigen des Wirtschaftslebens. Parallel mit der Entwicklung dieses Prozesses wächst der gesellschaftliche Antisemitismus in seinen schärfsten und gefährlichsten Formen. Er verwandelt die Lebensart unserer studierenden Jugend in ein moralisches (und mitunter nicht nur moralisches) Märtyrertum.

In einer Reihe von Ländern nimmt dieser gesellschaftliche Antisemitismus stufenweise die Formen staatlichen Antisemitismus an. Die unerhörte Katastrophe der deutschen Judenheit, die auch an und für sich die Seele des Weltjudentums erschüttert hat, brachte gleichzeitig eine weitere Verschlimmerung der bürgerlichen und materiellen Lage der Juden weit über die Grenzen des Dritten Reichs hinaus. In einer Reihe von Ländern befindet sich das Judentum in einem Zustand vollständiger Hoffnungslosigkeit und Aussichtslosigkeit. Unsere Jugend wird in einer Atmosphäre aktiver Feindschaft erzogen, sieht keinen Weg zu produktiver Arbeit, ja nicht einmal zur Bildung und wird allmählich von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es auf der Welt keine Gerechtigkeit und kein Mitgefühl gibt. Es ist kein Wunder, daß sich unter solchen Verhältnissen in einem gewissen Teil dieser verzweifelten Jugend Stimmungen extremen politischen und sozialen Radikalismus geltend machen.

Die Emmigration in jene Länder, die früher für viele Rettung bedeuteten, ist versperrt, und es ist nicht abzusehen, wann sie erneuert werden kann. So drängen unsere Massen mit wahrhaft messiasgläubigem Drang nach Palästina, das erst vor kurzem von allen Völkern als nationales Heim des jüdischen Volkes anerkannt wurde. Zehntausende unserer Besten aus der Jugend haben die Hoffnung aufgegeben, in die höheren sozialen Schichten einzudringen und bereiten sich ehrlichen Gemüts und mit Ausdauer für die Rolle von Arbeitspionieren in Palästina vor: und gerade in einer solchen Zeit versperrt uns die Administration der Mandatarmacht die Tore Palästinas

Wir sind gezwungen, in ernstester Weise die Aufmerksamkeit der Regierung . . . . . . darauf zu lenken, daß die geschaffene Lage sich nicht nur auf das jüdische Volk selbst unheilvoll auswirkt: sie kann keineswegs für die einzelnen Länder gleichgiltig sein, insbesondere nicht für jene, wo die Juden in Massen und in kompakten Gruppen demokratischer Struktur leben.

Die Immigrations - Begrenzungen sind unbegründet.

Gleichzeitig erklären wir aus vollster Ueberzeugung, daß die systematische Störung der jüdischen Einwanderung seitens der Mandatarmacht durch kein einziges ernst zu nehmendes, einer ernsten Kritik gegenüber stichhältiges Motiv zu rechtfertigen ist. Die jüdischen Pioniere Palästinas haben sich, was allgemein anerkannt ist, als erfolgreiche Kolonisatoren erwiesen, die dem ganzen Lande Nutzen bringen. Vor dem Weltkrieg besassen die Juden in Palästina an Boden 450.000 Dunam, im Jahre 1930 1,200.000 Dunam, auf denen ein Netz blühender Kolonien geschaffen wurde, gerade dort, wo früher Wüste war. Die Juden haben während dieser Periode die Stadt Tel-Aviv erbaut, die jetzt mehr als 83.000 Einwohner zählt. Sie haben die alte Stadt Jerusalem mit einer Anzahl neuer Viertel umgeben, ebenso Haifa, und Tiberias. Der Orangenexport, der vor dem Weltkrieg 1,605.570 Kisten im Wert von 297.900 Pfund Sterling betrug, hat in der Periode 1932—1933 vier und einhalb Millionen Kisten mit einem Wert von 2.000.000 Pfund erreicht. Die jüdischen Plantationen, die noch im Jahre 1925 nicht mehr als 7000 Dunam einnahmen, umfaßten im Jahre 1932 eine Fläche von 95.000 Dunam innerhalb des allgemeinen Plantationsraumes von 150.000 Dunam (mehr als 60%) und im Jahre 1933 sind noch 40.000 Dunam hinzugekommen.

Die Juden haben in diesem Lande, das nie eine moderne Industrie aufzuweisen hatte, in kurzer Zeitspanne, bis zur ersten Hälfte des Jahres 1933, eine Industrie mit 3.281 Unternehmungen geschaffen, in die an Kapital 4.598.083 Pfund investiert wurden und deren Produktion jährlich 3,825.520 Pfund ausmacht. Im Jahr 1933 waren bei diesen Unternehmungen 16.492 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, deren jährliches Gehalt die Summe von 950.000 Pfund erreichte. Die Juden haben beim Jordan eine elektrische Station errichtet, die im Jahre 1932 15.113 Abonnenten zählte und 11.590.000 Killowatt-Stunden elektrischer Energie erzeugte. Der Export der im Jahre 1921—1922 kaum 935.490 Pfund erreichte, wuchs im Jahre 1932 auf 2.381.481 Pfund an; der Import betraf im Jahre 1921—22 5.645.343 Pfund, im Jahre 1923 hingegen bereits 7.763.920 Pfund. In den Banken Palästinas befinden sich jetzt 8.000.000 Pfund Depositen. Die allgemeine Kapitalssumme, die nach der britischen Okkupation von den Juden nach Palästina gebracht wurde, wird auf 50.000.000 geschätzt. Gleichzeitig sind auch die Eingänge der Regierungskassa gewachsen: im Budgetjahr 1932—33 sammelte sich in der Regierungskassa ein Ueberschuß von 1.230.296 Pfund an. Es sei in diesem Zusammenhang verzeichnet, daß die Eingänge des Regierungsschatzes in ganz großen Proporz gerade von Juden stammen: die Regierung selbst anerkennt, daß die Juden (17% der Bevölkerung) nicht weniger als 32% aller Steuern und sonstiger Eingänge des Regierungsschatzes entrichten. In Wirklichkeit aber beträgt der tatsächliche Anteil der Juden an den Eingängen mehr als 50%.

Die besondere Wichtigkeit der Immigration arbeitender Schichten.

Das Hauptcharakteristikum des ganzen Wohlstands, der in der heutigen Zeit kaum seinesgleichen hat, bildet die Tatsache, daß seine Grundlage nicht in der Einwanderung vermögender Einzelmenschen, sondern gerade im Zufluß breiter arbeitender Schichten liegt. Dieser Zufluß gerade hat die Aufmerksamkeit der jüdischen Diaspora auf das konzentriert, was in Palästina vorgeht; gerade dieser Zufluß hat im jüdischen Volksbewustsein den Glauben an die großen Möglichkeiten Palästinas geschaffen und die Juden der ganzen Welt bewogen, sich eine freiwillige Steuer aufzuerlegen, die unseren nationalen Fonds in den letzten 13 Jahren 7.500.000 Pfund brachten — und so einen Weg für das Privatkapital und die Privatinitiative schaffen konnten, abgesehen davon, daß der Massen-Pionier mit seinen Händen Städte und Kolonien aufbaute, Wüsteneien beackerte und Sümpfe trocken legte.

Das ganze Geheimnis des Erfolges unserer kolonisatorischen Arbeit liegt gerade darin, daß die Einwanderung arbei-

tender Massen stets Stützpunkt und Stoßkraft für das Einfließen von Kapital war, daß ohne die erstere die letztere nicht möglich gewesen wäre und daß das Aufhören der ersteren unvermeidlich zur größten Einschrumpfung des letzteren führen müßte. Deshalb verlangt auch die ganze jüdische Bevölkerung Palästinas mit solcher Einstimmigkeit, vom Fabrikanten und dem Plantator bis zum Lohnarbeiter, eine freie Masseninmigration jüdischer arbeitender Menschen.

Die ökonomische Aufnahmsfähigkeit Palästinas.

Im Zusammenhang damit ist es von Wert festzustellen, daß alle pessimistischen Theorien von einer angeblich engen Grenze der ökonomischen Aufnahmsfähigkeit Palästinas im gegenwärtigen Augenblick und für die Zukunft nicht die geringste Unterlage haben. Diese Theorien operieren mit automatischer Anführung solcher »objektiver« Momente wie: der Flächenraum des Landes, Qualität der Bodenfläche, Wasserreichtum, Mangel an Metallen und Kohle u. s. w. Sie ziehen aber den wichtigsten Faktor nicht in Betracht: den Menschen, im gegebenen Fall den jüdischen Kolonisator, sein Kulturniveau, seine Energie, seine Finanzkraft und seine Weltverbindungen.

Die Textilindustrie hat in Manchester ihre Entwicklung erfahren, obwohl England keine Baumwolle besitzt, und die Schweiz genießt den Ruf des Schokoladenlandes, obwohl in diesem Land der Kakao nicht wächst. Sogar die heutige, wenn auch künstlich begrenzte Einwanderung nach Palästina und der aus ihr folgende Wohlstand beweist, daß der menschliche Faktor unvergleichlich wichtiger ist als die sogenannten »objektiven« Bedingungen.

Dieser menschliche Faktor verwandelt »unkultivierbare« Bodenflächen in fruchtbare Felder. Er gräbt artesische Brunnen und lockt Regenwasser herunter in Gegenden, wo es wenig Flüsse gibt. Dabei muß in besonderem das riesige, vom Weltmarkt fast unberührte Hinterland Palästinas in die Betrachtung einbezogen werden, das eine Anzahl von Millionen Menschen aufweist. In noch größerem Maße wichtig ist die geographische Lage Palästinas. Palästina befindet sich am Schnittpunkt wichtigster Welthandelswege der nächsten Zukunft. Es stellt die Meeresverbindung zwischen Europa und Amerika einerseits, Indien, Australien, China und Japan vermittels des Suezkanals andererseits dar, und bald werden sich dort Eisenbahnlinien kreuzen, die Kapstadt mit Wladiwostok verbinden, Peking, Angora mit den Hauptstädten Europas. Der Zipfel des Mittelländischen Meeres an dem Palästina liegt hat eine riesige Handelszukunft vor sich und er ist zweifellos einer der dichtest bevölkerten Länder der Welt zu werden bestimmt — vielleicht nicht weniger dicht als England und Belgien, keineswegs aber weniger als Deutschland und Italien. Nimmt man als Grundlage der Bevölkerungsdichte England (270 Seelen pro km²), so ist Palästina und Transjordanien befähigt, 18,600.000 Seelen zu fassen; bei der Bevölkerungsdichte Belgiens (252 Seelen pro km²) kann Palästina 17,350.000 Seelen aufnehmen; bei der Dichte Deutschlands (126 Seelen pro km²) 8,570.000 Seelen fassen. Wenn auch die Genauigkeit dieser Analogie nicht ganz zutreffend sein mag, so muß sie doch als charakteristisch anerkannt werden.

Der letzte Schlag gegen die jüdische Immigration.

Die Mandatar-Administration zieht das alles auf keine Weise in Erwägung. Die klarste Illustration dazu bietet der Vergleich der Zahl von »Zertifikaten« (Einreiseerlaubnisse für arbeitende Einwanderer), die zu Beginn jedes Halbjahres die Jewish Agency anfordert, mit jener Zahl solcher Zertifikate, die die Mandatarregierung bewilligt.

Es muß hinzugefügt werden, daß die Anforderung durch die Jewish Agency sich immer in außerordentlich bescheidenen Grenzen hält und stets durch genaue Daten über die Nachfrage nach Arbeitshänden seitens der Arbeitsgeber in Stadt und Dorf ausführlich begründet wird.

Einen besonderen Ausbruch der Empörung in der ganzen jüdischen Welt erregte natürlich die Einwanderungsschedule für Oktober 1933—März 1934, der gemäß statt der von der Jewish Agency angeforderten 24.700 nur 5.500 Einreiseerlaubnisse bewilligt wurden.

Faktisch aber ist sogar diese Zahl durch verschiedene Kalkulationen auf nur 3000 Zertifikate herabgesetzt worden: auf ein Achtel jenes Minimums also, welches im Interesse der Wirtschaft des Landes dringend erforderlich war.

Die Verfolgung der Touristen.

Gleichzeitig begann die Regierung in deutlich sichtbarem politischen Zurückweichen vor der antijüdischen Agitation der chauvinistischen Elemente der arabischen Bevölkerung mit besonderem Eifer die sogenannten »illegalen« jüdischen Emigranten auszuforschen, zu verhaften und aus dem Land zu weisen, insbesondere die sogenannten nicht »wiederausgereisten« Touristen. Es handelt sich hier um Juden, die mit solchen Touristenvisen ins Land kamen, welche das Recht gewähren, für eine begrenzte Zeit im Lande zu bleiben. Diese Touristen aber fanden Arbeit oder passende Investitionsmöglichkeiten ihrer Ersparnisse und blieben deshalb dauernd im Lande.

Diese Sachlage ist besonders wichtig, denn die Mandatar-Administration beruft sich immer, um ihre Politik der Beschränkung jüdischer Einwanderung irgendwie plausibel machen zu können, auf die ökonomische Aufnahmsfähigkeit des Landes und des ferneren auf die Notwendigkeit strenger Auswahl der Immigranten unter dem Gesichtswinkel von deren ökonomischer Anpassungsfähigkeit. Es ist klar, daß gerade ein Tourist, dem es gelungen ist, im Lande Fuß zu fassen, diesen beiden Forderungen in vollstem Maße Genüge leistet: die Tatsache allein, daß er aus einem Touristen ein Einwohner werden konnte, beweist, daß sich für ihn im Lande in den »Grenzen der ökonomischen Aufnahmsfähigkeit« Platz gefunden hat, und sein wirtschaftlicher Erfolg ist der klarste Beweis dafür, daß sich bildende natürliche Auswahl die gesündeste aller Auswahlmöglichkeiten ist. Die Verfolgung solcher im Lande gebliebener Touristen zeigt mit besonderer Schärfe, daß die obenerwähnten rein objektiven Argumente in Wirklichkeit nicht das leitende Motiv des Regierungssystems sind und daß man die wirklichen Gründe dieses Systems bedauerlicherweise auf der Ebene politischer Motive suchen muß, die zunächst mit dem Sinn des Palästinamandates noch unvereinbar sind.

Im vollen Bewußtsein der auf uns genommenen Verantwortung sehen wir uns gezwungen zu erklären, daß gerade diese Art von Gründen die bestimmende Hauptrolle bei einer Reihe wichtigster Gebiete der Palästinaverwaltung darstellt.

Das Kolonisationsregime und das Mandat.

Die beharrliche Weigerung der Mandatarmacht, die Mandatsbestimmungen durchzuführen, drückt sich bedauerlicherweise nicht nur in der systematischen Beschränkung der Einwanderung aus: sie findet auch darin Ausdruck, daß jene positiven Momente, ohne die eine planmäßige Kolonisation unmöglich ist, umgangen werden. Der Text des Palästina-Mandates hat die Notwendigkeit planmäßiger Anpassung des ganzen Staatswesens an die Aufgaben der Kolonisation des Landes vorgesehen. Der § 2 des Mandates erklärt, daß der Mandatar »für die Schaffung solcher politischer, ökonomischer und administrativer Bedingungen, die der Errichtung eines jüdischen Nationalheims dienlich sind« verantwortlich ist.

Periode	Die von der Jewish Agency angefordete Zertifikatenzahl	Die Zahl bewilligter Zertifikate	in Prozenten	Davon der Jewish Agency zur Verfügung gestellt	Von der Regierung zurückbehalten zwecks eigener Verfügung
April-September 1932	3.720	2.000	13,8	1.700	300
Oktober 1932 März 1933	6.700	4.500	66,6	4.215	285
April-September 1933	12.750	5.500	43,2	4.650	850
Okt. 1933-März 1934	24.700	5.500	22,3	3.000	2.500
Summe	47.870	17.500		13.565	3.935

Mit anderen Worten: das Mandat sieht in ganz bestimmter Weise die Schaffung eines »Kolonisationsregimes« in Palästina vor — und das ist selbstverständlich auch der einzig richtige Weg für das der Mandatarmacht gestellte Ziel. Ein Staat, der auf sich die Pflicht der Kolonisierung des Landes durch Immigranten genommen hat, muß natürlich, um diesem Zweck zu genügen, entsprechende Teile seiner Gesetzgebung und seiner administrativen Praxis in diesem Lande ihm anpassen.

So handelten immer alle jene Staaten, die irgendwie an der Heranziehung von Immigranten Interesse hatten, indem sie nämlich den neuen Einwanderern für die erste Zeit bedeutende Privilegien, besonders auf ökonomischen Gebiet, zuteil werden ließen. Vor allen Dingen müßte eine Regierung so verfahren, deren alleinige Existenzberechtigung auf der Aufgabe beruht, in das Land neue Einwanderer in solcher Zahl und in so raschem Tempo zu bringen, als es zur Schaffung eines jüdischen Nationalheimes notwendig ist. Ein so beschaffenes System des Kolonisationsregimes müßte selbstverständlich (ohne Verletzung der bürgerlichen Rechte jener Bevölkerung, die sich bereits im Lande befindet) solche Maßnahmen ergreifen, wie es die Erleichterung aller Paßformalitäten und die Abschaffung jedweder fiskalischen Zahlungsleistung bei der Einreise von Einwanderern darstellen. Steuerermäßigungen für die erste Zeit; eine Agrarreform, die die Ausnützung unbearbeiteter Bodenflächen ermöglicht; Erleichterungen des Bodenkaufs für die Kolonisten durch Privatpersonen und die Verteilung von Staatsböden an sie; die Ermunterung der Gründung neuer Industrieunternehmungen; die Verwendung der Steuern und sonstiger Abgaben, die die Regierungskasse von den jüdischen Einwohnern erhält, in der Hauptsache für die Interessen der jüdischen Bevölkerung selbst, insbesondere für die Subventionierung jüdischer Schulen und der Institutionen für Volksgesundheit; das Einstellen jüdischer Arbeiter bei öffentlichen Unternehmungen in einem Zahlenverhältnis, das den jüdischen Anteil an den allgemeinen Abgaben an staatliche oder munizipale Kassen entspricht; die Aufnahme von Juden in den Beamtenapparat des Staates im selben Verhältnis, insbesondere eine entsprechende Beteiligung der Juden an den bewaffneten militärischen Kräften und in der Polizei des Landes, wie überhaupt spezielle Vorsorge für die Scherheit der neuen Siedlungen, eine Vorsorge, die, wie die Geschichte lehrt, bei jeder Kolonisationstätigkeit unvermeidlich ist — das sind unerläßliche Maßnahmen.

Der allgemeine dem Mandat wiedersprechende Charakter des gegenwärtigen Verwaltungsregimes.

In Palästina ist keine einzige der obenerwähnten Maßnahmen bis jetzt getroffen worden. Im Gegenteil, die Mandatar-Administration stellt in vielen Hinsichten bewußt und planmäßig unüberwindliche Hindernisse den neuen Einwanderern in den Weg.

Eine ausführliche Aufzählung aller Hindernisse wäre fast identisch mit der Schilderung der ganzen Geschichte des jüdisch-britischen Verhältnisses in Palästina in den letzten 15 Jahren, und kann daher in diesem kurz gefaßten Memorandum keinen Platz finden. Wir sind deshalb gezwungen, uns (mit Ausnahme der Fragen der Bodenpolitik der Regierung, Transjordaniens und der öffentlichen Sicherheit) mit kurzen Feststellungen zu begnügen, deren Richtigkeit jeder objektive und gutinformierte Beobacter sicherlich bestätigen wird.

A. Die jüdische Einwanderung ist außer den obenerwähnten Begrenzungen noch von der Kopfsteuer beschwert, die bei der Einreise angefordert wird und eine schwere Belastung des arbeitenden Einwanderers darstellt.

B. Es gibt keinerlei Steuerermäßigungen für neue Kolonisten.

C. Die Naturalisierung von jüdischen Neueinwanderern stößt bei jedem Schritt auf ganz unbegründete und willkürliche Hindernisse, die die Juden oft zwingen, sich an das Gericht zu wenden, wiewohl dieses nicht allen zugänglich ist und solche Schritte überdies zwecklos erscheinen, weil das Gesetz in dieser Hinsicht der Administration Diskretionsrecht erteilt.

D. Die jüdische Industrie war seit ihrem Beginn (im Jahre 1925) gegen die unfreundlichen Vorurteile der Regierung zu kämpfen gezwungen, die erklärte, daß für Palästina nur die Landwirtschaft in Betracht komme. Noch im Jahre 1929 mußte der Verband jüdischer Industrieller in Palästina einen Protest gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Mandats-Administration veröffentlichen. Ein solches Verhalten gegenüber der Industrie herrscht noch bis auf den heutigen Tag und findet auch darin seinen Ausdruck, daß dem Hauptzentrum für Industrie und Handel, der Stadt Tel-Aviv, die Uebertragung des Eisenbahnknotenpunkts (der sich bis jetzt im bedeutungslosen arabischen Städtchen Ludd befindet) beharrlich verweigert wird, und in dem Verbot, wenigstens einen primitiven eigenen Hafen ohne Belastung der Staatskasse errichten zu dürfen. Auf einen ebenso hartnäckigen Widerstand stossen alle Bitten nach Verbreiterung des Chausseen-Netzes, das für die Industrie ungemein wichtig ist. Zwischen Tel-Aviv und Haifa z. B. existiert noch bis heute keine einheitliche Chaussee-Komunikation.

E. Die Hauptlast der Besteuerung ruht auf der jüdischen Bevölkerung. Ein jüdischer Einwohner Palästinas zahlt durchschnittlich 5—6 Pfund im Jahr an Steuern, während die durchschnittliche Steuersumme, die auf einen arabischen Einwohner fällt, etwas über 1,3 Pfund ausmacht. Die Regierung selbst gibt zu, daß die Juden die nicht mehr als 17% der Bevölkerung ausmachen, 32% aller Regierungseingänge decken. In Wirklichkeit aber betragen die von Juden geleisteten Abgaben bis zu 50%. Ungeachtet dessen erteilt die Regierung der jüdischen Siedlung nur verschwindend geringe Subventionssummen. Aus dem Titel des Volksbildungsetats erhalten die Juden nur 14%, aus dem der Volksgesundheit weniger als 10% und aus dem für öffentliche Arbeiten nicht mehr als 10%. Für jeden Schüler einer nichtjüdischen Schule gibt die Regierung jährlich durchschnittlich 5.530 Mill aus, für einen jüdischen Schüler nur 1.067 Mill, fünfmal weniger also. Die ganze Regierungssubvention für 272 jüdische Schulen mit 930 Lehrern und 23.911 Schülern hat im Jahre 1933 kaum 25.000 Pfund betragen, aus der allgemeinen Summe von 146.933 Pfund, die die Regierung jährlich für die Volksbildung auswirft. Für die Zwecke der Volksgesundheit haben die Juden in den Jahren 1926—1928 1,159.570 Pfund ausgegeben, gegenüber 912.606 Pfund, die die Regierung in derselben Zeit zum gleichen Zweck für die ganze Bevölkerung auswarf.

F. Die Zahl der jüdischen Arbeiter bei öffentlichen Arbeiten der Regierung ist sehr gering (im Jahre 1932 — 28%) ungeachtet dessen, daß der britische Premierminister MacDonald ein Jahr vorher in einem offiziellen Brief anerkannte, die Palästina-Regierung sei in dieser Beziehung verpflichtet »das Verhältnis des jüdischen Anteils an den Steuern des Landes in Betracht zu ziehen«.

G. Dasselbe Verhalten gegenüber dem jüdischen Anteil an den öffentlichen Arbeiten herrscht auch in Jerusalem, wo die Juden 60% der Bevölkerung ausmachen. Bei den 115.445 Arbeitstagen, die im Jahre 1932 von den städtischen Unternehmungen durchgeführt werden, hat der jüdische Anteil nur 28% betragen.

H. Das Ausmaß der Juden im Staatsdienst (25,5%) steht in keinem Verhältnis zu der Rolle der jüdischen Bevölkerung in der fortschreitenden Entwicklung des Landes und zu ihrem Anteil am Regierungsbudget. Auf diesem Gebiet ist obendrein noch eine klare antijüdische Tendenz zu verzeichnen: im Jahre 1930 ist ohne sein eigenes Ansuchen Herr Bentwich (der einzige Jude, der in der Palästina-Administration ein ministerähnliches Amt bekleidete) aus seinem Posten entfernt worden, und der Kolonialminister erklärte in Beantwortung einer Interpellation im Parlament offen, daß der einzige Grund für die Beseitigung dieses musterhaften Beamten — seine jüdische Abstammung war.

J. Der Prozentsatz der Juden in der Polizei (13,16% der der Mannschaft und der Unteroffiziere und 16,3% der Offiziere) wiederspricht in absolut unzulässlichem Maße nicht nur der Gerechtig-

keit, sondern auch den Bedürfnissen der elementaren Sicherheit der jüdischen Siedlung als dem am meisten bedrohten Teil der Bevölkerung.

K. Ungeachtet dessen, daß die Juden in Jerusalem eine Mehrheit bilden, pflegt die Regierung bis jetzt einem System gemäß als Bürgermeister der Residenz ausschließlich einen Araber zu bestimmen. Das führte unvermeidlich zur obenerwähnten Benachteiligung der Juden bei den städtischen öffentlichen Arbeiten und dem städtischen Dienst überhaupt. Gleichzeitig störte die Regierung niemals diesen von ihr eingesetzten Beamten, den Bürgermeister, der in der Hauptsache aus den Steuern der jüdischen Bürger bezahlt wird, sich ganz offen mit antijüdischer Agitation zu befassen. Das neue Munizipalitäten-Gesetz, dessen Bestätigung bald zu erwarten ist, verspricht keinerlei Aenderung dieser Lage. Die Ernennung von Bürgermeistern bleibt die Prärogative der Regierung und der Bürgermeister bleibt der faktische Herr der ganzen Stadtwirtschaft. Vertrauenswerten Nachrichten zufolge hat die Regierung abermals beschlossen, diesen Posten von einem nichtjüdischen Kandidaten besetzen zu lassen.

L. Als Abschluß dieser Aufzählung sehen wir es für notwendig an, zu bemerken, daß ungeachtet des einstimmigen jüdischen Protestes die Mandatsregierung in endgiltiger Weise den Arabern das Versprechen abgegeben hat, in Palästina in kürzester Zeit einen »Legislativen Rat« mit gesicherter und überwiegender arabischer Mehrheit zu schaffen. Es besteht kein Zweifel, (das haben nicht nur einmal Vertreter der Mandatarmacht bei verschiedenen Sessionen der Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes anerkannt), daß ein so zusammengesetzter Legislativer Rat einen ausgesprochen antizionistischen Charakter tragen wird. Wie immer dem sein mag, die Arbeit und die Vollmachten dieser Körperschaft werden zweifellos eine mächtige Waffe der Obstruktion gegen den Aufbau eines jüdischen Nationalheims bilden, und mehr noch: ein Zentrum gefährlicher antijüdischer Agitation im ganzen Osten darstellen.

Als Ergänzung der oben kurz resumierten Aufzählung halten wir es, wie erwähnt, für nötig, auf drei besonders schwere Momente des palästinensischen Regierungssystems hinzuweisen: auf die Bodenpolitik, auf das Transjordanproblem und auf die Frage der öffentlichen Sicherheit.

Die Bodenpolitik der Regierung.

Paragraph 6 des Palästina-Mandates schreibt der Regierung vor, »mitzuhelfen an einer geschlossenen Ansiedlung von Juden auf dem Lande, auf Staats- und brach liegenden Bodenflächen, die nicht ausdrücklich für Staatszwecke benötigt werden.«

Ungeachtet dessen, daß die Palästinaadministration den Arabern bisher über 400.000 Dunam Staatsländereien übergab, darunter den besten Ackerboden Palästinas im Beisan-Distrikt (397.416 Dunam), haben viele Araber, welche dort kolonisiert werden sollten, kurz nachher, drei Juden vorgeschlagen, ihnen ihren Boden um einen hohen Preis abzukaufen (was gesetzlich verboten ist); den Juden aber hat man in der gleichen Zeit nicht mehr als 83.003 Dunam staatlichen Boden gegeben oder versprochen, darunter 64.665 Dunam Sanddünen und 8.655 Dunam Sumpfboden.

Die ganze Entwicklung der jüdischen Landwirtschaft ging deshalb bisher in der Form von Bodenkäufen auf dem freien Markte, welcher sich in privaten arabischen Händen befand, vor sich; dabei stiegen selbstverständlich die Preise solcher Bodenflächen zu unzuläßigster Höhe. Es sind Fälle bekannt, wo Juden arabischen Verkäufern für Böden, welche felsig und wasserlos sind und seit Generationen verwüstet daliegen, Preise gezahlt haben, welche 10 bis 20 mal höher waren, als die Preise, welche z. B. das nordamerikanische »Departement of Reclamation« für den besten bewässerten Boden in den fruchtbaren Staaten Nebraska und Arkansas festlegte.

Aber jetzt ist auch diese Möglichkeit, Boden aus privaten Händen zu kaufen, den Juden sehr erschwert worden. Eine Reihe von Regierungsverordnungen der letzten Jahre (die »Verordnung über den Schutz der Landwirte« vom Jahre 1930, welche ergänzt wurde im Jahre 1931, die »Verordnung über Bodenstreitigkeiten« vom März 1932 und die »Verordnung über Aenderung der Bodengesetze« noch aus dem Jahre 1923) haben alle Bodentransaktionen ungeheuer kompliziert. Alle diese Verordnungen haben ohne jeden Grund die Eigentümer im freien Verkauf ihres Bodens stark begrenzt; sie gaben den fiktiven »faktischen Besitzern« von Bodenflächen die Möglichkeit, unbegründete Forderungen an die jüdischen Käufer dieser Areale zu stellen. Zu gleicher Zeit gaben sie den Distriktskommissären der Regierung das Recht, »zeitweilig« über Bodenstreitigkeiten nicht auf Grund juridischer Eigentumsrechte zu entscheiden, sondern auf Grund eines zweimonatigen »faktischen Besitzes«, Auf solche Weise stößt der jüdische Bodenkauf und die tatsächliche Ausnützung dieses so teuer erkauften Besitzes auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten.

Zu gleicher Zeit bleiben 69,2% der ganzen palästinensischen Bodenfläche unbearbeitet, und die Regierung hat bis zum heutigen Tage keinen einzigen ernsten Versuch gemacht, zu untersuchen, ob nicht wenigstens ein Teil dieser vernachlässigten Bodenflächen mit Hilfe moderner landwirtschaftlicher Methoden zu kultivieren wären. Autoritative und unabhängige Experten behaupten, daß ein sehr großer Teil dieses brachliegenden Bodens bei entsprechenden Investitionen bearbeitet werden könnten. Die Lösung dieser Frage wäre die erste und wichtigste Aufgabe der Mandatarmacht; darauf wurde auch der britische Vertreter in der Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes schon im Jahre 1933 hingewiesen.

Die vollständige Passivität der Administration auf diesem Gebiete im Zusammenhang mit fast unüberwindlichen Regierungsschwierigkeiten bei Käufen von kultivierten Böden droht der jüdischen Landwirtschaft jede Hoffnung auf Expansion demnächst zur Gänze zu nehmen; dadurch wird der Hauptanteil jenes sozialen Ueberbaues des jüdischen Lebensstandards, welcher ständig eine der Grundbedingungen des Zionismus war, gänzlich paralysiert.

Transjordanien.

Das schmerzlichste Moment in der Politik der systematischen Verletzung des ursprünglichen Hauptzweckes des Mandates bildet die Lage im östlichen Teil Palästinas, im sogenannten Transjordanien. Vom historischen Standpunkt ist Transjordanien ein organischer Bestandteil Palästinas und gerade des jüdischen Palästina. Dort siedelten die Stämme Gad, Reuben und der halbe Stamm Manasse lange noch bevor sich ihre Volksbrüder am westlichen Jordanufer ansiedelten. Auch im ökonomischen Sinn bilden beide Ufer eine organische Einheit, ohne Rücksicht darauf, daß Transjordanien, abgetrennt vom integralen Territorium Palästinas, mit einem Status ausgestattet ist, als wäre es gleichsam ein souveräner Staat. Dabei fand die »Selbstbestimmung« Transjordaniens, welche in jeder anderen Hinsicht durch eine strenge britische Kontrolle eingeschränkt ist, ihren Ausdruck nur auf einem einzigen Gebiet: den Juden nämlich ist es verboten, sich in Transjordanien anzusiedeln und dort unbewegliche Güter zu kaufen. Mit anderen Worten: in einem Lande, welches sich unter britischem Mandat befindet ist — wie im zaristischen Rußland — ein Ghetto für Juden eingeführt worden. Transjordanien hingegen stellt vom Standpunkt der Einwanderungsmöglichkeiten den am meisten versprechenden Teil Palästinas dar: es ist zweimal so groß (43.000 Quadratkilometer) als der westliche Teil, es ist reicher und fruchbarer an Boden und besonders an Wasser; seine Bevölkerung ist mehr als dreimal so klein (300.000 Seelen).

Die Absperrung Transjordaniens vor den Juden ist der schwerste Schlag gegen die jüdische Kolonisation, den diese bisher zu erleiden hatte. Hingegen kommen, wie bereits erwähnt — in den letzten Jahren Araber aus Transjordanien, welche unter der dort herrschenden Armut zu leiden haben, in Massen nach Palästina. Dabei verlangt die Regierung nicht nur keine Personaldokumente von ihnen, sondern sie lehnt es auch prinzipiell ab, ihnen gegenüber den berühmten Standpunkt der »ökonomischen Aufnahmsfähigkeit« anzuwenden. Der Vertreter der Mandatarmacht Mister Young hat anläßlich der letzten Session der Mandatskommission des Völkerbundes im Monat Juni 1933, öffentlich zugegeben, daß man von den Arabern aus Transjordanien beim Ueberschreiten der palästinensischen Grenze weder Pässe noch andere Dokumente verlangt. In den Jahren 1921—1931 sind aus Transjordanien nach Westpalästina ohne jede Kontrolle nicht weniger als 110.000 Araber (die ganze jüdische Einwanderung betrug in diesen 10 Jahren 132.930 Seelen) eingewandert; in den letzten zwei Jahren ist dieser arabische Zustrom noch stärker angewachsen und dazu dringen ins Land, wie jetzt auch offiziell festgestellt wurde, unter der Maske »Transjordaniern« viel syrische, ägyptische, irakische und andere Araber ein...

Der High Commissioner von Palästina antwortete vor kurzem einer jüdischen Delegation, welche gegen die Einwanderunsbeschränkungen protestierte, und darauf hinwies, daß es unter den Juden nicht die geringste Arbeitslosigkeit gibt, »es gäbe doch unter den Arabern Arbeitslose«. Wenn das auch richtig wäre, so kann das nur das Resultat des unkontrollierten Zustromes arabischer Einwanderer aus den Nachbarländern sein, was ja im Mandat nicht vorgesehen ist.

Oeffentliche Sicherheit.

Ein sehr gefährlicher Fehler des Palästinaregimes ist der gänzlich unzuläßige Stand der öffentlichen Sicherheit. Im Lande geschehen permanent Räubereien und Morde, Führer von Räuberbanden, deren Namen im ganzen Lande bekannt sind, werden nicht festgenommen und es sind Fälle vorgekommen, daß diese Räuberhauptleute in den arabischen Zeitungen »Aufrufe« an die arabische Bevölkerung erscheinen ließen, den Zionismus zu bekämpfen. In den letzten Jahren sind in den jüdischen Kolonien Kolonisten ermordet worden, deren Mörder erwiesenermaßen Araber waren, welche sich zum Ziele setzten, einzelne Juden zu ermorden und in deren Besitz man technisch vollwertige Handgranaten vorfand. Doch die Schuldigen wurden meistens nicht entdeckt.

Viel ernster ist die Gefahr der Massenüberfälle, welche systematisch über den Köpfen der jüdischen Bevölkerung schwebt. Die schlecht versteckte Propaganda und Aufreizung zu Gewalttaten gegen die Juden wird systematisch durch die arabische Presse geführt, und an der Spitze des muselmannischen Heiligtums steht ein Mufti, ernannt von der Regierung; er wurde seinerzeit nach dem Pogrom auf die Juden im Jahre 1921 vor Gericht gestellt und steht in Verdacht mit den Massakern in Palästina im Jahre 1929 in Verbindung gestanden zu sein. Die Polizei zählte Ende 1932 über 60% Araber (Mohammedaner und Christen); die militärische Garnison, welche aus nicht mehr als zwei Bataillonen Infanterie und militärischen Aeroplanen, (welche beim Abwehren eines Pogroms ganz nutzlos sind) besteht, ist bei einer Bevölkerung von einer Million Seelen gänzlich unzureichend, um mehr oder weniger ernste Unruhen unterdrücken zu können. Die Regierung versteht das selbst, und der beste Beweis hiefür ist die Schaffung einiger versiegelter Gewehrdepots für den Fall von Ueberfällen in einigen jüdischen Kolonien. Aber diese Arsenale sind vollkommen ungenügend, sowohl der Quantität als auch der Qualität der Gewehre nach.

Es gibt im Ganzen an 77 Stellen 585 Gewehre mit je 50 Patronen, die auf 60 Schritt Distanz schießen.

Aber der organisierte Selbstschutz, für welchen sie bestimmt sind, ist nicht legalisiert, und deshalb gibt es auch keine Möglichkeit die Methoden des Schutzes zu erlernen und die nötigen Schutzgeräte zu erwerben.

Die Regierung aber operiert mit dieser »arabischen Gefahr« gerne und bei jeder passenden Gelegenheit; sie lehnt es ab, Maßnahmen, welche für die jüdische Kolonisation nötig sind, durchzuführen, weil sie, wie sie sagt, die Araber nicht reizen will; und in bestimmten Fällen, wie im Oktober 1933, beruhigt sie die »aufgereizten« Araber in Beantwortung ihrer Demonstrationen einfach damit, daß sie scharfe und ungerechte Maßnahmen gegen die Juden ergreift. Von jüdischer Seite ist in vergangenen Jahren mehrmals der Vorschlag gemacht worden, die jüdische Legion, welche im Rahmen der britischen Armee in den Jahren 1917—1920 operierte, als Bestandteil der britischen Garnison wieder ins Leben treten zu lassen. Die Zionistische Exekutive schlug im Jahre 1921 vor, dieses jüdische Kontingent zum großen Teil auf eigene Kosten erhalten zu wollen. Die Regierung lehnt es aber systematisch ab, eine solche Forderung zu befriedigen, wiewohl sie zur gleichen Zeit eine arabische Legion in Transjordanien aufstellte, für welche sie im Jahre 1932—1933, 174.835 Pfund Sterling aus dem Palästina-Budget aufwendete. Diese Legion ist obendrein geeignet unter bestimmten Umständen sich für die Bevölkerung Westpalästinas zu einer fatalen Katastrophe auszuwachsen.

Die Interessen des arabischen Volkes.

Im Zusammenhang mit dem vorhin gesagten, halten wir es für unsere Pflicht, festzustellen, daß sowohl die jüdische Einwohnerschaft Palästinas als auch die Weltjudenheit den arabischen Bürgern Palästinas die korrektesten Gefühle und Absichten entgegenbringen. Kein Jude in der Welt stellt sich den künftigen jüdischen Staat anders vor als auf der Grundlage absoluter Gleichheit aller Bürger des Landes, in ihren religiösen, bürgerlichen, politischen und national-kulturellen Rechten.

Die tatsächliche Bildung einer jüdischen Mehrheit muß das Resultat einer jüdischen Masseneinwanderung sein und darf nicht von irgendwelchen arabischen Forderungen oder von der natürlichen Vermehrung der Araber abhängen. Solange es aber unter der arabischen Bevölkerung Palästinas Kreise gibt, die die Entwicklung des Zionismus durch Gewalttaten zu stören versuchen, muß diesen Tendenzen ein genügend starker bewaffneter Apparat entgegengestellt werden, und wir halten es vom Standpunkt der Interessen und der Ehre des kolonisierenden (und bedrohten) Volkes für nötig, daß einen bedeutenden Teil dieses Apparates ein jüdisches Kontingent ausmacht, insbesondere dort, wo die britische Regierung selbst keine Möglichkeit sieht, ein entsprechendes, rein englisches Kontingent in Palästina zu halten.

In dieser Forderung liegt absolut kein Unrecht den Arabern gegenüber, ebenso wie unsere Bestrebungen, Palästina zu beiden Seiten des Jordans in einen jüdischen und nicht in einen arabischen Staat umzuwandeln vollberechtigt sind. Die Völker und Stämme, welche nach ihrer Rasse, Sprache oder Tradition zur arabischen Nation gezählt werden, besitzen riesige Gebiete. Marokko, Algier, Tunis, Tripolis, Aegypten, Syrien, Mesopotamien, Assur, Jemen, Nedjdud, den restlichen Teil der arabischen Halbinsel. Das ist eine riesige Fläche, 170 mal größer als Palästina, und dieses riesige Territorium besiedeln nicht mehr als 38 Millionen Menschen, das sind sieben Seelen auf den Quadratkilometer. Was die Zahl »nationaler Territorien« betrifft, so zählen die Araber in dieser Hinsicht zu den reichsten aller Rassen der alten Welt. Eine solche Rasse hat also keine moralische Berechtigung, dagegen zu protestieren, daß das kleine Stückchen Erde, welches Palästina heißt, bestimmt werde zum nationalen Eigentum des jüdischen 16-Millionenvolkes zu machen, das kein anderes Territorium besitzt; insbesondere in Anbetracht der historischen Verbundenheit des jüdischen Volkes mit Palästina, ein Zusammenhang, der ihm heilig ist und von der ganzen zivilisierten Welt anerkannt ist.

Die Handlungsweise der Mandatar-Administration, welche offen die notwendige und gesetzliche Entwicklung der jüdischen Kolonisation stört und unserem Volke jede Hoffnung, Palästina in einen jüdischen Staat zu verwandeln, zu nehmen droht, hat zu ihrer Haltung, auch vom Standpunkte der Interessen der arabischen Gesamtheit, keine Berechtigung.

Indem wir dies alles der . . . .

(Name des Landes) Regierung zur Kenntnis bringen, bitten wir, sich unserer Sache anzunehmen und sind zutiefst überzeugt, daß diese unsere Petition in keinem Gegensatz steht zur traditionellen Freundschaft . . . . . (Name des Landes) mit der Mandatarmacht, denn wirkliche Freundschaft schließt auch das Recht ein freundschaftlich auf die Fehler hinzuweisen, welche der befreundete Teil macht. Dieses Recht ist besonders in diesem Falle unbestritten, wo es sich um ein Völkerbund-Mandat handelt, dessen angesehenes und einflußreiches Mitglied . . . . . (Name des Landes) ist, und welches so auch einen Teil der Mitverantwortung trägt, für das, was im Mandats-Land vorgeht. Noch unbestrittener ist dieses Recht im gegebenen Falle deshalb, weil in . . . . (Name des Landes) große jüdische Massen leben, auf deren moralische und materielle Lage das unrichtige Verwaltungssystem, welches dem Mandat widerspricht, schwer lastet.

Die Unterzeichneten nehmen sich deshalb die Ehre, die hohe Regierung . . . . . . (Name des Landes) ergebenst zu bitten, sie möge sich mit allen Mitteln dringend bemühen, daß dieses System, Palästina zu verwalten, gründlich revidiert werde, im Geiste und nach den Prinzipien, welche aus diesem Memorandum zu ersehen sind und welche formuliert sind in einer besonderen Beilage zu diesem Memorandum.

Beilage

1. Die Errichtung eines »Nationalheims« für das jüdische Volk«, welches das Palästinamandat der Mandatarverwaltung zur Hauptaufgabe macht, bedeutet die stufenweise Schaffung einer jüdischen Mehrheit in Palästina mit dem Ziel der Bildung eines jüdischen Staates.

2. Das Mittel, diesen Zweck zu erreichen, ist die freie Einwanderung jüdischer Massen unter gemeinsamer Kontrolle der Mandatar-Administration und der leitenden Instanzen der zionistischen Bewegung.

3. Alle Bestimmungen des Mandats, welche sich auf das jüdische Nationalheim beziehen und alle Maßnahmen, die getroffen werden, um die jüdische Immigration und Kolonisation zu unterstützen haben sich auch auf Transjordanien zu erstrecken.

4. Sowohl die Gesetzgebung als auch die Administrationspraxis der Mandatsverwaltung sind dem Prinzip des »Kolonisationsregimes« zu unterwerfen, d. h. sie haben vor allem von den Interessen und den Aufgaben der jüdischen Immigration und Kolonisation bestimmt zu sein. Insbesondere auf folgenden Gebeiten.

a) Steuer- und Zollbegünstigung für Neueinwandernde in den ersten Jahren ihres Aufenthaltes im Lande;

b) Privilegien für die private Initiative;

c) staatlichen Schutz für die Industrie im Lande und für den Export;

d) Einbürgerung der jüdischen Einwanderer.

5. Alle nicht bebauten oder nicht genügend bebauten Bodenflächen im gesamten Gebiete Palästinas, einschließlich Transjordaniens, haben in den Besitz des Staates überzugehen und einen Boden-Fonds zwecks Kolonisation der jüdischen Einwanderer sowie aller palästinensischen Bürger ohne Unterschied ihrer Abstammung zu bilden. Alle Bewerber müssen folgende Forderung erfüllen:

a) Der Bewerber darf keinen eigenen Boden besitzen.

b) Er muß genügende materielle Mittel besitzen (eigene, oder von staatlichen beziehunsweise gesellschaftlichen Institutionen entlehnte) und das Inventar, das unerläßlich ist, um die Bodenfläche, die er erhält, produktiv bearbeiten zu können.

c) Er muß sich verpflichten, den Boden, den er erhält, selbst zu exploitieren.

6. Zum Zwecke der Amelioration der staatlichen Böden soll eine spezielle Staatsanleihe aufgelegt werden.

7. Die Aufteilung aller staatlichen Munizipal-Ausgaben — ausgenommen die Ausgaben für reine Staatszwecke — erfolgt genau nach dem Anteil der Steuerleistungen der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung. Dieses Prinzip betrifft besonders:

a) Subventionen für Volksbildung und Volksgesundheit,

b) Subventionen für die Munizipalitäten,

c) Engagements in staatliche und städtische Dienste und bei öffentliche Arbeiten,

d) Konzessionen,

c) Bau von Chausseen und Eisenbahnlinien, Eisenbahnstationen und Häfen.

8. Innerhalb der stehenden britischen Garnison Palästinas soll ein spezielles jüdisches Kontingent geschaffen werden.

Schaffung von besonderen jüdischen Abteilungen innerhalb der Polizei Palästinas.

Legalisierung des jüdischen Selbstschutzes und seine Unterordnung unter die Führung entsprechender staatlicher Organe.

9. Auf allen Gebieten des staatlichen und städtischen Dienstes — einschließlich von Militär und Polizei — soll das Prinzip der Gleichberechtigung der hebräischen Sprache sowie die Sabbatruhe für die Juden in vollem Maße durchgeführt werden.

10. Vor der Ernennung des Oberkommissärs für Palästina, sowie der Leiter der wichtigsten Regierungsdepartements, hat sich die Regierung der Mandatar-Macht mit der im Mandat anerkannten gesetzlichen Vertretung der zionistischen Bewegung ins Einvernehmen zu setzen.

11. Die Schaffung einer legislativen Vertretungskörperschaft in Palästina — ungeachtet der Grenzen ihrer Kompetenz — hat die vorherige Zustimmung beider Völker, des jüdischen wie des arabischen Volkes, vorauszusetzen, einer Zustimmung, welche durch die gesetzliche Vertretung beider Teile ausgesprochen werden muß.

Bereitschaft

des Wiener Galil Betar

An alle Betarim des Wiener Galil, Tel Chaj!

Der Rosh Betar und Shilton haben durch den Leiter des wehrsportlichen Departements KhaSh J. Halperin alle Madrichim, Segane Madrichim, Samalim, Pelugot Timronim und P. Sch. Z. mit sofortiger Wirksamkeit in Bereitschaft gesetzt.

Anläßlich der Eröffnung der Petitions-Aktion in Oesterreich, deren 1. Etappe am 11. Feber 1934 mit dem General-Appell des Wiener Betar beginnt, setzt die Netzivut sämtliche Abteilungen des Wiener Betar für die Dauer vom 11. bis 18. Februar in die 1. Bereitschaftsstufe.

Betarim! Es geht diesmal nicht um irgend eine Aktion des Zohar oder des Betar. Mit dem Gelingen oder Mißlingen ist vielleicht das Schicksal unseres Volkes verknüpft. Disziplin, Begeisterung ja Fanatismus allein sind imstande, das vom Rosh Betar Vl. Jabotinsky entzündete Feuer zu einer gewaltigen Flamme zu machen. Die Mittel dazu mögen in nüchterner, alltäglicher Arbeit bestehen und vor allem »laufender Füsse und schreibender Hände« bedürfen. Der Erfolg wird groß und herrlich sein!

Im Namen des Rosh Betar!

Tel Chaj!

Netziwut Betar Oesterr.

Goldstein (Moll).

Neue Schule

Der gegenwärtig in Palästina weilende jüdische Philanthrop Sir Elly S. Kadoorie hat sich bereit erklärt, auf seine Kosten ein neues Gebäude für die Jerusalemer Mädchenschule der Alliance Israelite Universelle errichten zu lassen. Das neue Schulhaus, das in der Jaffastraße gebaut werden soll, wird in den Elementar- und Handelsschulklassen Raum für 1500 Schülerinnen bieten. Der Kostenvoranschlag beträgt 30.000 Pfund.

Aus Palästina

Neue Gartenstadt

In der Scharon-Ebene, westlich der Autostraße Tel-Aviv—Petach-Tikwah, von Orangengärten umgeben, mit freiem Ausblick auf das Mittelmeer, vollenden sich gegenwärtig die Vorarbeiten zu einer neuen jüdischen Gartenstadt, die den Namen »Tel-Benjamin« tragen wird, zum Gedenken des Benjamin Goldberg, der am 25. August 1929 während der Araber-Unruhen bei der Verteidigung Tel-Avivs den Tod fand. Gründer des neuen Ortes ist der Vater des Verstorbenen, Izchak Goldberg, eine führende Persönlichkeit im Wirtschaftsleben Tel-Avivs und Mitglied des Aufsichtsrates der Anglo-Palestine-Bank. Tel-Benjamin wird auf genossenschaftlicher Grundlage von einer Gesellschaft Tel-Aviver Industrieller, Bankiers und Großkaufleute errichtet, im Stile einer vornehmen Villenkolonie. Insgesamt wird die Ortsanlage in einheitlicher Gestaltung — nach dem Plane des Architekten Schleusch 37 Villengrundstücke umfassen. Bis 1935 wird der Aufbau durchgeführt sein. Dank eines großen Parks von 6 Dunam Umfang, mit Tenisplätzen und Großgarage verbunden, wird Tel-Benjamin in Zukunft ein beliebtes Ziel für Tel Aviver Ausflügler sein. Daher wird in Tel-Benjamin das erste große Ausflugsrestaurant Palästinas errichtet werden und bereits im kommenden Frühsommer den Betrieb aufnehmen. Auch ein Tattersal wird in Tel-Benjamin erstehen.

Von der Messe Tel Awiw

High Commissioner Sir Arthur Wauchope hat in Begleitung seines Adjutanten, des Leiters der Zoll- und Handelsabteilung K. W. Stead, des stellvertretenden Distriktskommissärs J. H. H. Pollack und des rangältesten Beamten des Distriktsamtes A. Epstein das Gelände der Levantemesse in Tel Awiw besichtigt. Der High Commissioner wurde vom Vorsitzenden der Messekommission, Bürgermeister Dizengoff, den Mitgliedern der Kommission, S. Tolkowsky, Präsident der Jaffaer Citrusbörse, E. Shelley, Präsident der Jerusalemer Handelskammer, und Direktor Volcani von der landwirtschaftlichen Versuchsstation in Rechoboth, sowie von Mitgliedern der Messeleitung empfangen und durch das Ausstellungsgelände geleitet. Bei seinem Besuch ließ sich der High Commissioner die Pläne der Zeichenabteilung des technischen Bureaus vorlegen und besichtigte sämtliche im Bau befindlichen Pavillons. Besondere Aufmerksamkeit widmete er dem Hauptpavillon, der der Vollendung nahe ist und in dem die Palästina-Industrie ihre Stände erhalten soll.

Schweden hat seine offizielle Beteiligung an der Levantemesse angekündigt. Die allgemeine Exportvereinigung Schwedens, in der die wichtigsten schwedischen Industrien vertreten sind, hat Auftrag zur Errichtung eines schwedischen Pavillons erteilt. Mit dem Bau des Pavillons, der als ständiges Ausstellungsgebäude gedacht ist, wurde bereits begonnen.

Auf einer Sitzung des Messeausschusses der Levantemesse, die am 26. April in Tel Awiw eröffnet werden und einen Monat dauern soll, teilte Bürgermeister Meir Dizengoff mit, daß für die Errichtung von Ausstellungsgebäuden zur Messe 140.000 Pfund aufgewandt werden sollen. Die eine Hälfte dieses Betrages wird von den Messebehörden, die andere Hälfte von ausländischen Regierungen und Firmen zur Verfügung gestellt.

Die Handelsbilanz

Der Import nach Palästina ist in den Monaten Juli, August und September 1933 gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres bedeutend gestiegen, der Export hingegen um etwa 50 Prozent gefallen. Diese Erscheinung wird darauf zurückgeführt, daß einerseits die starke Neueinwanderung im Jahre 1933 eine bedeutende Einfuhr von Uebersiedlungsgut mit sich gebracht hat, andererseits ein großer Teil der früher dem Export zur Verfügung gestandenen Waren vom Binnenmarkt aufgenommen wurde. Dies bezieht sich vor allem auf landwirtschaftliche Produkte, die im Land selbst einen günstigeren Markt fanden als im Ausland. Im Juli, August und September 1933 betrug der Palästina-Import 930.215, bzw. 937.572 und 1,011.182 Pfund gegenüber 554.947, 790.981 und 899.611 Pfund in den gleichen Monaten des Vorjahres. Die entsprechenden Exportziffern lauten für 1933 99.815, 125.989 und 107.891 Pfund gegenüber 234.170, 216.873 und 187.831 Pfund im Jahre 1932.

Bautätigkeit in Jerusalem

Die lebhafte Bautätigkeit in Palästina hält weiter an. In Jerusalem ist man im Gegensatz zu den übrigen Städten, in denen ein- bis zweistöckige oder villenartige Häusertypen bevorzugt werden, dazu übergegangen, fünfstöckige Gebäude zu errichten. Mehrere solcher Häuser sind in der King George V. Avenue im Bau.

Die jüdischen Aerzte

In der „Palestine Gazette“, dem Amtsblatt der Regierung, wird soeben eine Liste von 63 jüdischen Aerzten veröffentlicht, die zur Ausübung der Praxis in Palästina neu zugelassen wurden; sie sind zum größten Teil aus Deutschland eingewandert. Die gleiche Ausgabe des Amtsblattes enthält eine Liste von 18 Zahnärzten, die Praxislizenzen erhalten haben. Auch sie stammen anscheinend durchwegs aus Deutschland. Mit der Ausgabe der neuen Lizenzen haben die für ärztliche Praxis die Zahl von 1424, die für zahnärztliche Praxis 451 erreicht.

Ansiedlung deutsch-jüdischer Kinder.

Eine von 1500 Delegierten besuchte Konferenz des Zentralrates der jüdischen Organisationen New Yorks hat eine Resolution angenommen, in der sie sich für die Unterstützung der Kampagne zur Ansiedlung deutscher Juden in Palästina ausspricht. Gleichzeitig wurde beschlossen, eine besondere Sammelaktion einzuleiten, die zum Ziele hat, 40.000 Dollar für die Ansiedlung von fünfhundert jüdischen Kindern aus Deutschland in Palästina aufzubringen.

Unterschriften

für die jüdische Weltpetition

können auch im Sekretariate des „Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten“, Wien, I., Adlergasse 4, abgegeben werden.

Politische Nachrichten

Fall Arlosoroff:

Machination und Erpressung

Die nach den sensationellen Enthüllungen des Verteidigers der drei angeklagten Revisionisten, Horace Samuel, durchgeführten Verhandlungen vor dem Friedensgericht in Jaffa bedeuten einen Schritt weiter auf dem Wege der gänzlichen Entlarvung der Methoden der Polizei, die nur noch mit letzter verlöschender Anstrengung ihren Rückzug decken kann. Was aber zum Vorschein kommt, läßt keinen Zweifel darüber offen, daß die Tage der Aufrechterhaltung der Anklage gezählt sind.

Jaffa, 12. Februar.

In der im Jaffaer Untersuchungsverfahren fortgeführten Verhandlung bekundete Abdul Medschid auf Befragen durch den Verteidiger Horace Samuel, der öffentliche Ankläger, Kommissär Shitreet, habe ihn vor den Gefahren gewarnt, die ihm drohten, falls er sein Geständnis, er habe Dr. Arlosoroff ermordet, aufrechterhalte. Kommissär Shitreet habe ihm bedeutet, er könnte zum Tode durch den Strang verurteilt werden. Abdul Medschid bekundete, er sei sofort nach Zurückziehung seines Geständnisses bei der Polizei zum Untersuchungsrichter gebracht worden, wo er beeidete, daß sein Geständnis falsch gewesen sei. Rechtsanwalt Samuel bemerkte, die Polizei habe den Widerruf des Geständnisses in unvorschriftsmäßiger Weise erleichtert, obwohl sie seine Echtheit nicht bestritten hätte. Als Abdul Medschid im Laufe der Vernehmung aufgefordert wurde, den Wortlaut des Gespräches wiederzugeben, das Rosenblatt und Stavsky angeblich im Gefängnis mit ihm geführt haben, begann er unsicher zu stottern, obwohl er sonst fließend hebräisch spricht.

Die vorhergehenden Verhandlungen.

Jaffa, 8. Februar.

Die am 5. und 6. Februar durchgeführten Verhandlungen in der Arlosoroff - Morduntersuchung galten vor allem der Ueberprüfung der bei der Polizei gemachten Aussage des Arabers Abdul Medschid, der sich selbst und einen Mithäftling der Ermordung Dr. Arlosoroffs beschuldigte. Polizeiinspektor Moses Scharmeister machte Aussagen über die Beschlagnahme der Kleidung Abdul Medschids zum Zwecke der Ermittlung, ob diese den Kleidern gleiche, die von den Männern, die den Ueberfall auf Doktor Arlosoroff verübten, am Mordabend getragen wurden. Der Zeuge berichtete ferner über die Beschlagnahme eines Revolvers samt zugehöriger Munition im Hause Issa Derwischs, des Mannes, von dem Abdul Medschid behauptet, er habe den tödlichen Schuß abgegeben, während er selbst, Abdul Medschid, Dr. Arlosoroff ins Gesicht leuchtete. Die Polizei hat sich bereit erklärt, die beschlagnahmten Gegenstände dem Gerichte zur Besichtigung vorzulegen. Es wurden zwei weitere Zeugen, der Polizist Freimann und das Mitglied des Brith Trumpeldor von Kfar Saba, Aron Heichmann, vernommen. Letzterer bekundete im Sinne des von Zwi Rosenblatt angebotenen Alibinachweises, daß dieser zur Zeit der Ermordung Dr. Arlosoroffs sich in Kfar Saba aufgehalten hat.

Der Vormittag des folgenden Tages war vollständig ausgefüllt von Fragen, die der Verteidiger Horace Samuel im Zusammenhang mit dem am 11. Jänner von Abdul Medschid gemachten Geständnis, das er später — wie die Verteidigung behauptet, von der Polizei beeinflußt — wieder zurückgezogen hat, an den Vertreter der Anklage, Kommissär Shitreet, richtete. Rechtsanwalt Samuel beanständete es insbesondere, daß die Polizei die Kleidung und die Taschenlampe Abdul Medschids nicht sofort konfiszierte, um diese Gegenstände mit denjenigen der Angeklagten zu vergleichen.

Kommissär Shitreet berichtete über die zweite, von Abdul Medschid am 16. Jänner gemachte Aussage und erklärte, in dieser seien Widersprüche im Vergleich mit den Aussagen Frau Arlosoroffs festgestellt worden. Deshalb sei Abdul Medschid nochmals einem genauen Verhör unterzogen worden, wobei er erklärte, Zablawi habe gelogen. Nach dem Widerruf des Geständnisses sei Abdul Medschid am 1. Februar nochmals von ihm, Shitreet, verhört worden. Diesmal habe Abdul Medschid erklärt, Stavsky und Rosenblatt seien an ihn im Jaffaer Gefängnis mit dem Angebot herangetreten, ihm 1000 Pfund zu bezahlen, wenn er sich schuldig bekenne. Sie hätten ihm auch einen Plan des Strandes von Tel Awiw gezeigt und ihm Einzelheiten der Oertlichkeit erklärt. Die beiden Angeklagten hätten ihm versichert, er werde mit einer leichten Bestrafung davonkommen. Auch Zablawi seien 500 Pfund versprochen worden. Weitere Aussagen machten Kriminalkommissär Alfred Riggs und der Bureaugehilfe Zwi Rosen, der die Uebersetzung des ersten Geständnisses Abdul Medschids angefertigt hatte.

Jaffa, 8. Februar. (J. T. A.) Am 8. Februar wurde die Vernehmung des Arabers Abdul Medschid fortgesetzt. Er erklärte, er habe schon lange vorher seinem Verteidiger von dem Antrag Stavskys und Rosenblatts Mitteilung gemacht. Der Anklagevertreter, Kommissär Shitreet, legte dem Gericht die am 2. Jänner von Abdul Medschid abgegebene Erklärung vor, in der dieser sein Geständnis zurückzieht.

Auf die Fragen des Verteidigers Samuel erklärte Abdul Medschid, daß ihn die Polizei nach seinem ersten Geständnis überhaupt nicht aufgefordert habe, den Ort des Mordes zu schildern und ihn auch nicht befragt, woher er den Revolver bekommen habe.

Adv. Samuel legte mit diesen Fragen dar, daß die Polizei der Eventualität, daß auch andere als Stavsky und Rosenblatt den Mord begangen haben konnten, keine Beachtung schenkte.

Arabischer Mörder von Nahallal begnadigt.

Jerusalem. Wie die Jüdische Telegraphenagentur von maßgebender Seite erfährt, hat High Commissioner Sir Arthur Wauchope die Strafe Achmed Galianis, eines der beiden Araber, die im vergangenen Monat vom Appellgericht wegen der Ermordung des jüdischen Kolonisten Joseph Jacobi und seines neunjährigen Sohnes in der Kolonie Nahallal im Dezember 1932 zum Tode verurteilt wurden, in eine 15jährige Kerkerstrafe umgewandelt. Der zweite Verurteilte, Mustafa Ali Achmed, soll hingerichtet werden.

Die Untersuchung des Mordfalles von Nahallal hatte ergeben, daß der Anschlag gegen den jüdischen Kolonisten von einer arabischen Terrorbande ausgegangen war, die sich zu dem ausgesprochenen Zwecke, jüdische Siedler aus dem Wege zu räumen, gebildet hatte.

Englische Handelsagentur in Palästina

London. Im Unterhaus richtete D. E. Somerville an die Regierung die Frage, ob sie im Hinblick auf die wachsende Bedeutung des englischen Handels mit Palästina und den Palästina benachbarten Ländern die Ernennung eines Handelskommissärs mit dem Sitze in Tel Awiw erwägen wolle. Der Staatssekretär für Ueberseehandel Dr. Burgin erwiderte, die Regierung habe bereits beschlossen, einen Handelsagenten für Palästina zu ernennen. Dieser wird noch vor Beginn der Levante-Messe 1934 seinen Posten antreten. Wo der Kommissär seinen Sitz haben wird, sei noch nicht bestimmt, jedenfalls aber werde er sich auch von Zeit zu Zeit in Tel Awiw aufhalten.

Keine Entwicklungen ...

London. Im Unterhaus richtete der Abgeordnete David Grenfell an den Minister für die Kolonien die Frage, ob er eine Erklärung über die Lage in Palästina abzugeben habe. Namens des Kolonialministers Sir Philip Cunliffe Lister antwortete Malcolm Mac Donald, eine solche Erklärung werde nicht abgegeben werden, es lägen keine Entwicklungen vor, die einen Bericht an das Haus rechtfertigen würden.

Dafür aber ein neuer Schlag gegen die jüdische Wirtschaft

Jerusalem. Wie amtlich mitgeteilt wird, wurde von der Palästina-Regierung eine Kommission eingesetzt, die sich mit der Frage der Einführung einer Einkommensteuer in Palästina zu befassen hat. Der Kommission gehören an der Schatzmeister der Palästina-Regierung Johnson, Leiter des Handelsdepartements Stead und der Distriktskommissär für Jerusalem Campbell, ferner ein zu diesem Zweck aus London eingetroffener Beamter des britischen Schatzamtes Huntington, der als Berater fungieren soll.

Die Frage der Einführung einer Einkommensteuer in Palästina ist bereits vor zwei Jahren erörtert worden. Von jüdischer Seite wurden erhebliche Bedenken gegen diesen Schritt der Regierung geltend gemacht, und der Waad Leumi, das oberste Organ der palästinensischen Judenheit, hat sich ebenso gegen die Einführung der Einkommensteuer ausgesprochen wie verschiedene zionistische Instanzen.

Die Touristenbekämpfung auf der Höhe

Die britische Gesandtschaft in Warschau hat dem dortigen Palästinaamt der Zionistischen Organisation mitgeteilt, daß die Garantie des Palästinaamtes an Stelle der grundsätzlich festgelegten Barkaution von 60 Pfund bei Erteilung von Touristenvisen nach Palästina in Zukunft nicht mehr anerkannt wird. Jeder Tourist, der sich aus Polen nach Palästina begibt, wird nunmehr beim britischen Konsulat den vollen Betrag von 60 Pfund erlegen müssen.

Jüdische Welt

Vorbereitung des jüdischen Weltkongresses

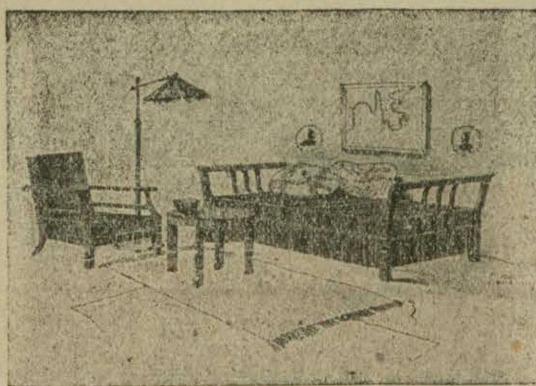
Prag. Am 10. Februar abends begann in Prag eine Sitzung des Exekutivkomitees für die Vorbereitung des Jüdischen Weltkongresses sowie auch der Exekutive des Comité des Délégations Juives, die bis Sonntag über Mitternacht hinaus dauerte. An den Sitzungen, die vom Vorsitzenden des Comité des Délégations Juives, Dr. Nahum Goldmann, geleitet wurden, beteiligten sich Vertreter der mittel- und osteuropäischen Länder.

In der Sitzung erstattete Dr. Goldmann einen Bericht über die laufenden politischen Aktionen des Comité des Délégations Juives. Eingehend besprochen wurde dann die Frage der Beziehungen der jüdischen Minoritäten zum Europäischen Minderheitenkongreß. Der Präsident des Minderheitenkongresses, Dr. Wilfan, war zu diesem Teil der Besprechungen eigens aus Wien nach Prag gekommen und legte den Standpunkt des Ausschusses des Minderheitenkongresses bezüglich der weiteren Mitarbeit der jüdischen Minoritäten dar. Nach einer eingehenden Diskussion, an der sich die Vertreter der jüdischen Minoritäten aus den verschiedenen Ländern beteiligten, wurde beschlossen, die Frage durch die Instanzen der verschiedenen jüdischen Minoritäten erörtern zu lassen, damit auf Grund einer klaren Stellungnahme in einer für Mai in Aussicht genommenen neuen Sitzung über die Beziehungen der jüdischen Minoritäten zum Minoritätenkongreß definitiv Beschluß gefaßt werden kann.

Ein großer Teil der Verhandlungen galt den Fragen der Vorbereitung des Jüdischen Weltkongresses. Da am 25. Februar in Paris eine Sitzung der westeuropäischen Mitglieder des Exekutivkomitees für den Jüdischen Weltkongreß stattfindet, werden die definitiven Beschlüsse bezüglich Ort und Zeit des Weltkongresses sowie Tagesordnung und Wahlmodalitäten erst nach der Pariser Besprechung gefaßt werden. Die Vertreter der verschiedenen Länder äußerten sich sehr eingehend zu den verschiedenen erwähnten Punkten. Es steht schon jetzt fest, daß der Weltkongreß im Sommer dieses Jahres, vermutlich im August, stattfinden wird. Es wurde ferner eine grundsätzliche Uebereinstimmung darüber erzielt, daß gemäß den Beschlüssen der Genfer Vorkonferenzen grundsätzlich demokratische Wahlen in den Ländern, aus denen die Delegierten des Weltkongresses hervorgehen werden, stattzufinden haben. Die Tagesordnung wurde eingehend erörtert und das Zentralbureau des Exekutivkomitees beauftragt, Verhandlungen, betreffend die definitive Festsetzung der Tagesordnung einzuleiten.

Die Vertreter der Länder berichteten über den Stand der Weltkongreßbewegung; es wurden für die einzelnen Länder konkrete Maßnahmen beschlossen, um die Wahlbewegung zum Weltkongreß in die Wege zu leiten. Aus den Berichten der Ländervertreter ergab sich, daß mit einer starken Wahlbeteiligung zu rechnen ist. Ueber die Vorbereitungen zur Durchführung der Wahl in den Vereinigten Staaten lag ein Bericht des American Jewish Congress, der die Leitung der Bewegung innehat, vor. Die Leitung des American Jewish Congress, die im Begriff ist, eine sehr groß angelegte Wahlpropaganda durchzuführen, rechnet damit, daß einige Hunderttausend Juden und Jüdinnen in den Vereinigten Staaten sich an den Wahlen beteiligen werden. Die Poale Zionisten der Vereinigten Staaten haben beschlossen, sich an den Wahlen zu beteiligen. Auch hat sich unter dem Vorsitz von Dr. Chaim Shitlowski ein Komitee von prominenten Führern der jüdischen Arbeiterbewegung in Amerika gebildet, um die Beteiligung der hinter ihnen stehenden Bevölkerungsschichten an den Wahlen zum Weltkongreß zu organisieren und für die Durchsetzung ihres Programms für den Weltkongreß einzutreten.

Martin gestorben. In Zürich verstarb am 7. Februar der bekannte Genfer Völkerbundpublizist und frühere langjährige außenpolitische Redakteur des „Journal de Genève" Prof. William Martin im 45. Lebensjahre. Bei den jüdischen Lesern aller Länder war er besonders durch seine Artikel und Vorträge über Zionismus und Palästina bekannt. Obwohl Nichtjude, war er ein



Vorkämpfer der Idee des Jüdischen Nationalheims. Anläßlich einer Mittelmeerreise im Frühjahr 1929 hatte er auch Palästina besucht und in einer Artikelserie das jüdische Aufbauwerk beschrieben. Während der kritischen Palästinadebatten in Genf trat er stets für die gerechte Handhabung des Mandates gegenüber den Juden ein.

Doumergue. Der neue französische Ministerpräsident Doumergue hat sich zu wiederholten Gelegenheiten als Freund des Jüdischen Nationalheims in Palästina bekannt. 1863 als Sohn eines protestantischen Kleinpächters geboren, begann er seine Laufbahn als Advokat in der südfranzösischen Kleinstadt Nimes, wo er, um seine geringen Einkünfte als junger Anwalt zu verbessern, die Stelle des Sekretärs der dortigen jüdischen Gemeinde annahm. Die Juden von Nimes bewahren noch von jener Zeit her die beste Erinnerung an ihn.

Emigrantenhochkommissär. Der Hochkommissär für Emigrantenfragen, James G. MacDonald, ist nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin, wo er über mit seinem Amt zusammenhängende technische Beratungen mit maßgebenden Regierungsstellen abgehalten hat, nach England zurückgekehrt und hat am 9. Februar die Reise in die Vereinigten Staaten angetreten.

Aus Danzig. Um der jüdischen Bevölkerung in Danzig die Möglichkeit einer eigenen Entwicklung in der Erziehung ihrer Jugend zu geben, hat der Senat, nach einer Meldung der „Voss. Ztg." vom 11. Februar sich entschlossen, zum nächsten Einschulungstermin am 1. April 1934 eine jüdische Schule einzurichten. Diese Neuregelung ist unter Mitwirkung der Synagogen-Gemeinde geschaffen worden.

Jüdische Schulautonomie in Saloniki bleibt.

Saloniki, 9. Februar. Vor kurzem war durch das Salonikier Unterrichtsinspektorat an die staatlichen jüdischen Schulen dieser Stadt die Weisung ergangen, den Unterricht in hebräischer Sprache einzustellen. Die gegen diesen Eingriff in die jüdische Schulautonomie von der Jüdischen Gemeinde Salonikis unternommenen Schritte haben zu dem Ergebnis geführt, daß das Unterrichtsministerium angeordnet hat, von einer Abändeurng des Lehrplanes der jüdischen Schulen durch das Schulinspektorat abzusehen.

Jüdische Kunststelle, II., Aspernbrückengasse 2, Tel. R 48-2-91. Büro 9—1/219.

Den Mitgliedern stehen ermäßigte Theaterkarten für fast alle Theater zur Verfügung:

Oper, Burgtheater, Akademietheater, Scala, Kammerspiele, Deutsches Volkstheater, Theater a. d. Wien, Stadttheater, Moulin Rouge, Casinotheater, Der liebe Augustin usw.

Konzerte: Alfred Piccaver, 22. Februar, gr. M. S.

Anweisungen für das Variete Ronacher!

Der Berit Hazohar zu Teplitz-Schönau gratuliert Frl. Rejzie Oliner, Teplitz und Herrn Dr. Oskar Rabinowicz Brünn, anläßlich ihrer Verlobung auf das Herzlichste.

Parteiratsmitglied Heinz Fischer, Mitbegründer und Segan Mefaked des Machane Hachajal ist in die Schweiz übersiedelt zwecks Absolvierung einer Berufsfliegerschule, um dann in Erez Israel tätig zu sein.

Mittelmeer-Festspiele Tel-Aviv 1934

Der Plan der ersten Festspielsaison im neuen Palästina, der »Mittelmeer-Festspiele Tel-Aviv 1934«, anläßlich des 25-jährigen Bestehens der Stadt Tel-Aviv und in engster Verbindung mit der diesjährigen Tel-Aviver Levante-Messe, hat nunmehr endgiltigen festen Umriß angenommen. Zur Durchführung der Festspiele ist im Rahmen des Levante-Meßamtes eine Kunstabteilung geschaffen worden, deren Leitung in den Händen von Otto Hans Norden, bisherigem Direktor des Stadttheaters zu Karlsruhe, liegt. Damit ist für Palästina einer der erfahrensten und bekanntesten Theaterfachleute Europas gewonnen worden, der auch in Wien — als Regisseur am Raimundtheater, später als Direktor der Rolandbühne und des Bürgertheaters — sowie in München, in der Schweiz und in Holland mit großem Erfolge gewirkt hat. Otto Hans Norden schloß im Vorjahr seine Tätigkeit auf europäischem Boden, indem er die Initiative zur Gründung des heutigen jüdischen Kulturbund-Theaters in Deutschland gab. Ihm selbst zog es nach Palästina, wo ihm heute eine der schönsten und zugleich verantwortungsvollsten Aufgaben anvertraut ist, die das große Werk der jüdischen Kultur-Renaissance zu bieten hat.

Zum Schauplatz der Festspiele ist definitiv der architektonisch und landschaftlich hervorragend gestaltete »Platz der jüdischen Nation« im Zentrum des Messegeländes bestimmt. Die Aufführungen werden sich über die gesamte Messedauer (26. April bis 26. Mai) verteilen. Sie gliedern sich zyklisch in fünf Gruppen. An der Spitze steht der »Tag des jüdischen Liedes«, für den ein Chor der 250 besten palästinensischen Sänger unter der musikalischen Leitung des jüdisch - amerikanischen Dirigenten Leo Löw organisiert worden ist. Das Programm wird sich über zwei Aufführungstage erstrecken. Der erste wird der religiösen Musik in a capella-Chören gewidmet sein, der zweite dem jüdischen Volkslied unter Mitwirkung eines Orchesters, voraussichtlich des gegenwärtig im Aufbau begriffenen Palästinensischen Philharmonischen Orchesters. Ueber die Mitwirkung weltbekannter jüdischer Gesangs-Solisten schweben noch die Verhandlungen. Fest gewonnen ist bereits Igno Mann. Den Darbietungen der Vokalmusik wird die Instrumentalmusik folgen; der »Tag der jüdischen Musik« (Dirigent voraussichtlich Generalmusik-Direktor Rosenstock, Hamburg-Berlin) wird Werke von Rosowsky, Schönberg, Sternberg, Kaminsky und Bloch bringen. Die dritte Gruppe wird der »Tag des jüdischen Tanzes« sein, der unter Mitwirkung sämtlicher palästinensischen Tanzschulen, die Entwicklung des Kunst-Tanzes in Palästina darstellen wird. Ein gemeinsames Band soll das Sängerfest, das Musikfest, das Tanzfest umschließen, nämlich ein fünffaches Preisausschreiben für eine neue jüdische Hymne, erstens für den Text, zweitens für die Komposition (Chor und sinfonische Bearbeitung), drittens für eine choreographische Bearbeitung, viertens für die beste Chor-Aufführung), der Hymne, fünftens für die beste Tanz-Aufführung der Hymnen-Choreographie.

Die vierte Gruppe der Festspiele ist für den »Orientalischen Tag« bestimmt, unter Beteiligung von Tanz-, Lied- und Spielgemeinschaften der jemenitischen, kurdischen, persischen und bucharischen Juden Palästinas. Als Krönung des ganzen ist die fünfte Gruppe dem Schauspiel eingeräumt, in Gestalt von zwei historischen Revuen, die eine die Geschichte Tel-Avivs, die andere das Aufbauwerk der jüdischen Arbeiterschaft darstellend. Die hebräischen Landesbühnen Palästinas, die weltberühmte »Habimah« und die ganz ausgezeichnete »Ohel«-Truppe, haben dafür ihre besten Kräfte zur Verfügung gestellt; außerdem werden erstmalig eine Reihe jüdischer Bühnenkünstler aus Deutschland hier vor der palästinensischen Oeffentlichkeit erscheinen, dazu vor Zehntausenden von Messebesuchern und Touristen aus allen Teilen Europas und Amerikas. Der Plan einer Opern-Festspiel-Stagione ist wegen der Kürze der Zeit einer besonderen Herbstsaison vorbehalten worden; man hat dafür Goldmarks »Königin von Saba« in Aussicht genommen — als festlichen Ausklang des Tel-Aviver Jubiläumsjahres!

Dr. J. Adler, Tel-Aviv.

Protokoll des 18. Zionistenkongresses

Wie das zionistische Zentralbüro in London berichtet, erscheint demnächst das offizielle Protokoll des XVIII. Zionistenkongresses, der im vergangenen August und September in Prag tagte. Das Buch wird über 600 Seiten stark sein und den wörtlichen Bericht über die im Kongreß gehaltenen Referate und Reden sowie reichliches statistisches Material enthalten. In Anbetracht des Interesses, welches der letzte Kongreß in der weitesten jüdischen Oeffentlichkeit erweckt hat, wird dem Erscheinen dieses Buches mit Spannung entgegengesehen.

Zionistische Organisation Amerikas lehnt Weltkongreß ab

NewYork, 12. Februar. Nach stürmischer Debatte hat die Exekutive der Zionistischen Organisation Amerikas einen Entschließungsantrag, durch den sich die Zionistische Organisation Amerikas für die Einberufung des Jüdischen Weltkongresses aussprechen sollte, abgelehnt. Die Frage wurde durch Zuweisung an eine Sonderkommission erledigt. Hauptredner in der der Ablehnung des Antrages vorangegangenen Aussprache waren der Initiator des Kongresses Dr. Stephen S. Wise, und das Mitglied der Exekutive der Jewish Agency Louis Lipsky.

An unsere Leser!

Dieser Nummer liegen Abonnementkarten bei. Verbindet die Arbeit für die Petition mit der Werbung für den «Judenstaat»!

Sendet uns die Adressen von Gesinnungsfreunde, denen wir probeweise unser Blatt schicken werden.

Und noch eines: Zahlt euer Abonnement pünktlich ein, wenn ihr wollt, daß euer Blatt seinen nationaljüdischen Aufgaben gerecht werde.

Die Administration.

Warum mußte Ruthenberg gehen?

Die fluchwürdige Zerstörungsarbeit der Sozialisten Palästinas tritt heute auch durch rückblickende Betrachtung kraß in Erscheinung. Wir konnten vor vierzehn Tagen die erbauliche, von H. Farbstein wiedergegebene Geschichte erzählen, wie ein Mitglied der Jewish Agency den Engländern bewußt den Weg zur Hetze gegen die „Illegalen" geebnet hat. Nun wird ein offenkundiger Sabotageakt bekannt, der seinerzeit zur Demission Ruthenbergs führte.

Von sehr maßgebender und durchaus autentischer Seite — die wir zunächst nicht nennen — erfahren wir besonders interessante Vorgänge der letzten Vergangenheit, Vorgänge, welche den verderblichen Einfluß der „Linken" am Aufbau Erez Jisraels ganz deutlich veranschaulichen. Hier ein Geschehnis in größeren Ausmasse, vorgefallen in der zweiten Hälfte des Jahres 1930, kurz nach Sir Simpsons Besuch in Palästina und knapp vor Veröffentlichung seines Berichtes.

Damals stand Pinchas Ruthenberg an der Spitze des Waad Leumi. Während einer dieser Sitzungen sprach er mit berechtigter Empörung über seinen letzten Besuch in London. Er erzählte, Einzelheiten aus dem demnächst zu veröffentlichenden Bericht Simpsons, wonach die Regierung u. a. eine Anleihe von einer Million Pfund, zur Entwicklung der arabischen Wirtschaft im Lande auflegen wollte und sah dann eine große Gefahr für den Jischuw und den Zionismus. Nach seiner Rede fragte einer der Führer der Linken, Golomb, wieviel die Juden von dieser Anleihe wohl bekommen würden. Darauf antwortete ihm Ruthenberg: „Sie können sich schon jetzt einen großen Sack für das Geld vorbereiten!"

Aus der Frage Golombs haben viele der Teilnehmer an dieser Sitzung ersehen, daß die Linken nicht nur bereit waren, das Anleiheprojekt anzunehmen, sondern, es schien sogar ziemlich wahrscheinlich, daß sie selbst zu den Initiatoren des Planes gehörten. (Dies soll auch mit der vertraulichen Zeugenaussage Dr. Ruppins vor der Shaw-Kommission in Verbindung zu bringen sein). In derselben Sitzung sprach auch Ruthenberg über die damals vorausgesehenen Begrenzungen des Bodenverkaufes an Juden und erzählte ganz erbittert, daß er einige Jahre vorher an die Zionistische Exekutive in London herangetreten sei, mit dem präzis ausgearbeiteten Vorschlag, eine halbe Million Dunam Boden zu erwerben, zu einem Preise, der heute ganz legendär klingt: einen halben Pfund pro Dunam. Er hatte auch ernste Aussichten, für diesen Zweck Geld aufzubringen, weil es ihm gelungen war, Lord Reading, Lord Melchett und andere Kapitalisten für diesen Kauf zu interessieren.

Die Exekutive aber reagierte mit der Bemerkung: „Wir wollen keine Latifundien in Palästina!" Ja noch mehr: die Aktentasche, in der sich die Entwürfe und Pläne befanden, wurde aus dem Büro der Exekutive gestohlen!

Die linken Herren schwiegen, sie hatten anscheinend gewollt, daß eine halbe Million Dunam Boden in arabischen Händen bleibe. Würde er in jüdischen Besitz übergegangen sein, so wäre es ein Verstoß gegen ihre sozialistische Weltanschauung gewesen.

Einige Zeit nach dieser Sitzung, demissionierte Ruthenberg, weil er eingesehen hatte, daß seine Arbeit im Hinblick auf die Sabotage seitens der Linken nutzlos war. Wie man noch einmal sieht, schrecken die Linken sogar vor solchen Mitteln, nicht zurück, die Erlösungsarbeit im Lande und sonst alles zu verhindern, was nicht zu Gunsten ihrer Taschen oder ihrer Institutionen geht. Wir können noch hinzufügen, daß sich in Palästina hartnäckig das Gerücht erhält, wonach am Diebstahl der Aktentasche einer der führenden Linken beteiligt war, welcher lange Zeit in London gelebt hat und dessen Name im Zusammenhang mit der bekannten Mordaffäre viel genannt wurde.

Über »holländischen Zionismus«

Viele Jahre lang wurden die holländischen Zionisten als eine enge Gruppe wirklicher und überaus kluger Judenstaatler angesehen, deren kritisches Wort gegen das gegenwärtige Regime in der Zionistischen Organisation große »moralische« Wirkung sowohl auf die zionistischen Kongresse als auch auf die zionistische Presse übte. Außer in der Frage des Legionismus korrespondiert das Programm der holländigchen Zionisten fast hundertprozentig mit dem revisionistischen Programm, und alle aktiven Zionisten wissen, daß in den Belangen der Theorie und der Ideologie die holländischen Zionisten zur »Creme« der ganzen Bewegung gehören Die kleine, aber wundersam klug argumentierte Broschüre des Präsidenten der zionistischen Organisation Hollands F. Bernstein »Der zionistische Gedanke auf Irrwegen« ist so schön aufgebaut und so judenstaatlerisch gehalten, daß sie im Betar der mitteleuropäischen Länder nahezu als Lehrbuch des Zionismus verwendet wird.

Aber der holländische Zionismus hat auch eine zweite Seite, und gerade mit dieser sehr sonderbaren, einem normalen Juden unverständlichen Seite bin ich zusammengestossen, als ich vor einigen Wochen Amsterdam besuchte.

Holland hat am Krieg nicht teilgenommen. Holland kennt den Krieg und die ganze stürmische Entwicklung der Nachkriegszeit nur durch Zeitungen, nur theoretisch. Holland selbst lebt ruhig, nach derselben Art wie vor Jahrhunderten. »Holland regt sich nicht auf«. Und dieses Ruhigsein, das »sich-nicht-Aufregen« ist auch für den holländischen Zionismus charakteristisch. Kommt heute ein revisionistischer Redner nach Holland, ein Mensch also, bei dem zionistische Probleme vom Lebensrhytmus unserer Massenbewegung in Polen und vom Kampfschritt unserer Arbeiterbewegung in Palästina durchpulst ist, so stößt er beim holländischen Publikum auf stumpfes Unverständnis. Gewiß, seine Argumente leuchten allen ein, man hat sie sehr oft von den eigenen holländischen Zionisten in »kälterer« Form vernommen, aber: »Warum so hastig? Wozu die Aufregung? Es ist sehr interessant, noch ein paar »treffliche Worte« zu hören, die die Richtigkeit unseres Standpunktes beweisen — aber ein Grund, aus dem theoretisch-akademischen Rahmen herauszutreten liegt nicht vor«. Das sind die Worte, die beim holländischen Zionismus »in der Luft liegen«. Der holländische Zionismus ist eine »Kaste« von Ideologen und Theoretikern. Er hat keinerlei Interesse an der Lebensnotwendigkeit der Judenstaats-Bewegung, er lebt auf dem Olymp des guten alten zionistischen Lehrhauses, in das er eingesponnen ist und wo »klug« und »tief« alle die »Grundprinzipien« und alle »Probleme« diskutiertwerden, ohne um die stichischen Volkskräfte, die das Volk der Straße durchströmen, zu wissen oder wissen zu wollen.

Ein kluger zionistischer Kopf und eine Lehrhaus-Seele — das ist der holländische Zionismus. Bis jetzt, bis zum Beginn der großen politischen Offensive durch die Judenstaatsbewegung, bis zu dem Zeitpunkt also, da wir noch »Opposition« waren, als unsere Bewegung mehr in »Aufklärung« und in »Standpunkten« bestand als in Taten, solange Revisionismus und Betar im politischen Sinn eine statische Sache war, waren die holländischen Zionisten unsere Verbündete; sie und wir dachten dieselben Gedanken.

Jetzt, da Revisionismus Tat bedeutet, da Theorie fast überflüssig wird, weil sie nicht in Büchern und Zeitungen gesucht zu werden braucht, weil die nackte Wirklichkeit sich jenem erschließt, der die Augen offen hat, da Revisionismus Petition bedeutet, nationale Arbeiterschaft, Massenbewegung, wirklicher Kampf (nicht »Diskussion«) auf allen Fronten — jetzt sind uns die holländischen Zionisten fast so fremd wie unsere Gegner. Jetzt ist die Beschränkung auf das Predigen des Judenstaatsgedankens von der jüdischen Wirklichkeit fast genau so weit entfernt wie der Brith Schalom es ist. Ich schreibe in meinem eigenen Namen. Aber hätte ich ein Recht dazu, ich würde den holländischen Zionisten die offene Frage stellen: Wollt ihr noch warten oder wollt ihr handeln?

Dr. B. Lubotzky.

Aufruf

des Rosh Betar an die Betarim

Betarim!

Zehn Jahre hindurch wuchs und entfaltete sich unsere Bewegung als eine Bewegung der jüdischen Jugend, die die jüdische Nation belebt; zehn Jahre hindurch kämpften wir unverdrossen gegen Hindernisse von außen und Schwierigkeiten von innen. Jetzt aber ist es Zeit, unser Wesen zu vollenden und dem Betar jenes Attribut zu verleihen, das bisher vernachlässigt wurde — die vollständige Hebraisierung der Bewegung.

Die Sprache gehört zu den wesentlichsten Werten der Nation und ist ein untrennbares Element ihres Stolzes und ihrer Pracht. Der Betar, der über die nationale Ehre wacht, hat nicht das Recht zuzulassen, daß viele seiner Mitglieder die hebräische Sprache nicht beherrschen.

Daher erkläre ich das Jahr 5694 zur Shnat ha Ivrur (Jahr der Hebraisierung) für unsere ganze Bewegung, von den höchsten Instanzen bis zum jüngsten Betari im entlegensten Ken. Nach Ablauf dieses Jahres muß jeder Betari hebräisch verstehen, und jedermann, der im Betar einen Rang besitzt und eine Funktion ausübt, muß in unserer Sprache lesen, schreiben und sprechen können. Der Termin, an dem ein jeder diese Kenntnisse nachweisen muß, ist das Chanukka-Fest 5695. Einem Betari, der zu diesem Termin ein einfaches hebräisches Gespräch nicht verstehen wird, wird die Teudat-Betar abgenommen und er selbst wird in die Reihen der Tironim zurückversetzt werden; und ein jeder, der Rang und Funktion besitzt, wird sie einbüssen, wenn er zu jener Zeit nicht hebräisch lesen, schreiben und sprechen kann. Und von diesem Termin ab wird niemand vom Tiron zum Betari werden können, der nicht das festgesetzte Minimum an hebräischen Sprachkenntnissen nachweisen wird.

Ich bin überzeugt, daß alle Betarim die Bedeutung dieses Beschlusses und den Ernst der gegen die Nachläßigen verhängten Strafen erkennen wird. Ich bin auch dessen sicher, daß von heute ab in jedem Ken der Sprachunterricht in ununterbrochenem Eifer vor sich gehen wird — gemäß den Instruktionen des Shilton und der Netzivim, und auch aus eigener Initiative der lernenden Betarim.

Wendet euch nicht an uns mit der Frage: »Wie sollen wir hebräisch lernen, wenn wir keine Lehrer haben? Wie sollen wir die Pekuda ausführen, wenn wir keine geeigneten Lehrbücher besitzen?« — (Es ist nicht wahr! Das Erlernen des Hebräischen ist heute nichts als eine Frage des Willens, und wem die nötige Willenskraft fehlt, verdient es nicht, als Betari zu gelten.

Zum Zeichen der Durchführung des ersten Schrittes in der Hebraisierung wird der Shilton, von Chanukka 5695 ab, sich im internen Betar-Dienst ausschließlich der hebräischen Sprache bedienen, und nicht hebräisch abgefaßte Briefe an den Shilton, sei es von Seiten einer Instanz des Betar oder eines einzelnen Betari, werden von jenem Termin ab unbeantwortet bleiben.

Tel-Chaj!
V. Jabotinsky
Rosh-Betar

Paris, 30. Januar 1934.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, I., Adlergasse 4, für den Inhalt verantwortlich. Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21 Telephon Nr. A-16-1-14